

Bittere Bytes: Cyberbürger und Demokratietheorie

Von HUBERTUS BUCHSTEIN (Berlin)

Einleitung: Der demokratische Instrumentenkasten

Sei es die persönliche Konfrontation der Polisbürger in den Versammlungen der klassischen Demokratien, die ‚republic of letters‘ in Großflächenstaaten, der Druck von Büchern, Flugschriften und Zeitungen, später dann der Lautsprecher, das Telefon, das Radio und schließlich das Fernsehen und das Fax – die jeweiligen Kommunikationstechniken haben die Formen der politischen Auseinandersetzungen und auch die Ergebnisse demokratischer Entscheidungen maßgeblich beeinflusst.¹ Mit dem Übergang von analogen zu digitalen Medien ist seit Mitte der neunziger Jahre durch die Verbreitung des weltweiten Computernetzwerkes Internet eine neue Stufe in der technischen Raffinierung der Kommunikationsformen erreicht und der Instrumentenkasten politischer Interaktionsmedien noch größer geworden.²

Das technische Erfolgsrezept des Internet besteht darin, daß es den Datenaustausch zwischen Computern unterschiedlichster Bauart standardisiert. Ähnlich wie das Telefonnetz verfügt es über eine universelle technische Norm, die weltweite Kommunikation ermöglicht. Die Anwendungsformen des Netzes reichen von der privaten Kommunikation via E-Mail über virtuelle Unterhaltungsspiele zu Bildschirmheimarbeit, Informationsdiensten, virtuellen Museumsbesuchen bis zum Electronic Banking und dem Einkauf per Computer. Die Zuwachsrate der Internet-Teilnehmer war in den letzten drei Jahren un-

1 Die Arbeiten für diesen Aufsatz erfolgten während eines Stipendiums der Alexander von Humboldt-Stiftung an der Graduate Faculty der New School for Social Research in New York. Frühere Fassungen dieses Beitrags wurden am Walt Whitman Center for the Culture and Politics of Democracy der Rutgers University, an der New School for Social Research und auf der Prager Konferenz über Social Philosophy and the Social Sciences vorgetragen. Ich danke Andrew Arato, Benjamin Barber, Chad Goldberg, Stacy McGoldrick, Kerstin Haase, Shane Kenyon, Jeffrey Wengrofsky und Andrej Zaslove für kritische Kommentare.

2 Die sogenannten ‚Neuen Medien‘ weisen die folgenden Eigenschaften auf: (1) ein größeres Ausmaß an verfügbarer Information, (2) eine schnellere Aufnahme und Übermittlung von Information, (3) eine erweiterte Kontrolle über die Medien durch die Nutzer (Ausmaß der Wahlmöglichkeit), (4) eine bessere Möglichkeit der Absender, ihre Nachrichten an bestimmte Adressaten zu richten („narrowcasting“), sowie (5) eine größere Interaktionskapazität. Vgl. Abramson u. a. 1988, 34, 48.

gebrochen hoch.³ Im Frühjahr 1996 hatten weltweit über 10 Millionen Computer (sogenannte Host-Rechner) Zugang zum Internet.⁴ Stellt man in Rechnung, daß Internetzugänge im Schnitt von 4-5 Personen genutzt werden, kommt man zu einer Zahl von weltweit ca. 50 Millionen Nutzern. Das Internet ist also ohne Zweifel bereits ein Massenmedium. Nicht nur Wissenschaftler sowie Anbieter und Konsumenten wirtschaftlicher Güter, sondern auch politische Organisationen, Parteien, Diskussionszirkel und professionelle Lobbyisten sind mittlerweile im Netz vertreten. Noch sind die Vereinigten Staaten das Zentrum dieser Entwicklung. Dort hatten Graswurzelbewegungen kalifornischer Hippies das ursprünglich für militärische Zwecke geschaffene Netzwerk in den letzten zwanzig Jahren zu einem Medium entwickelt, von dem Staat und Großkonzerne überrascht wurden. Mittlerweile nutzen in den USA auch politische Behörden, die Regierung und der Kongreß das Netz. Nicht ohne Erfolg. Von den Nutzern des World Wide Web rufen ca. ein Viertel zumindest zuweilen auch politische Informationen ab.⁵ Das Internet ist 1996 zu einem Kampffeld für die Präsidentschaftswahlen geworden und Wahlkampfmanager sind sich darüber einig, daß es im Jahr 2000 einen regelrechten Online-Wahlkampf geben wird.⁶ Vor allem in den USA, aber zunehmend auch in der Bundesrepublik, wächst die Zahl der Stimmen derer, die überzeugt sind, daß die ‚Datenautobahn‘ und das Internet einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Demokratie bringen werden. Dieser Optimismus ist erstaunlich, denn bisherige Versuche, neue Technologien zur Förderung der Demokratie zu nutzen (man denke an das Televoting), waren nicht gerade erfolgreich.⁷

Nun gibt es bei den Befürwortern ganz unterschiedliche Vorstellungen darüber, was Computerdemokratie ist und was sie im Kontext bereits bestehender demokratischer Institutionen konkret leisten soll und kann. Einige sehen im Internet primär ein Mittel zur Distribution und Beschaffung von Information, andere preisen es als ein potentiell perfektes Medium deliberativer Demokratie. Jene heben seine Funktion im Prozeß der politischen Willensbildung hervor, während diese weitergehen und es als Instrument der Entscheidungsfindung nutzen wollen. Bill Gates z. B. hat die Vorstellung, daß „Wähler ihre Stimmen von zu Hause oder ihren Kleincomputern ohne Risiko von Zählfehlern und Betrug abgeben können“ (Gates 1995, 271). Einige sehen das Netz als Ergänzung zur bestehenden repräsentativen Demokratie an, während andere radikaler sind und postulieren,

3 Die Wachstumsrate des WWW (World Wide Web) belief sich in den ersten sechs Monaten des Jahres 1995 auf 1700 Prozent. In der Bundesrepublik verdoppelte sich die Zahl der Teilnehmer in den ersten fünf Monaten des Jahres 1996 auf knapp 500.000. Für die Zahlen und einen Überblick über die weltweite Verbreitung vgl. New York Times vom 7. August 1995, D 1 sowie Süddeutsche Zeitung vom 7. Mai 1996, 14.

4 Nach Angaben des Fachverbandes Informationstechnik hatten allein die Online-Dienste America Online, Progridi, Compuserve und T-Online im Jahre 1995 zusammen ca. 9 300 000 Kunden. Vgl. Fachverband (1995).

5 Für diese Angabe vgl. New York Times vom 29. Oktober 1995, E 13.

6 Vgl. Edmund Andrews, „The '96 Race in the Internet: Surfer Beware“, in: New York Times vom 23. Oktober 1995, A1.

7 Für die Erwartungen am Anfang vgl. Becker 1981, Barber 1984, 273-77, Hollander 1985. Für eine kritische Übersicht vgl. Arterton 1987, Cronin 1989, 220-222.

die elektronischen Medien zu nutzen, um die bisherigen Raum- und Zeitprobleme der direkten Demokratie zu überbrücken. Sie sehen das Ende der alten Institutionen der repräsentativen Demokratie voraus und träumen von elektronischen Stadtversammlungen und elektronischer ‚Knopfdruck-Demokratie‘: „... in den Informationsgesellschaften der allernächsten Zukunft ... können wichtige politische Entscheidungen durch direkte Demokratie sowohl angeregt und formuliert als auch entschieden werden.“ (Clarke 1995, 132) Führende amerikanische Politiker stimmen in diesen Chor ein. Folgt man Al Gore, so ist die sogenannte Datenautobahn eine „Metapher für die Demokratie“ und sehen wir bald ein „neues athenisches Zeitalter der Demokratie“ heraufziehen.⁸ Der führende republikanische Politiker mit Netzanschluß, Newt Gingrich, sieht westliche politische Systeme an der „Schwelle zu einer neuen Demokratie“ (Gingrich 1995, 125). Ross Perot machte 1992 die Idee des elektronischen Rathauses zum zentralen Thema seines Präsidentschaftswahlkampfes. Angehörige der Computerkultur sind noch enthusiastischer. John Katz, der wichtigste politische Autor des Magazins WIRED, postuliert, das Netz „biete[t], was sich Paine und seine revolutionären Kollegen erhofften – ein riesiges, diversifiziertes, intensives, blitzschnelles und globales Mittel zur Übermittlung von Ideen und zur geistigen Bereicherung.“ (Katz 1995, 154). Bei allen Unterschieden im Detail – die genannten Autoren haben hohe Erwartungen hinsichtlich der Computerdemokratie. Ich werde sie im folgenden als ‚Optimisten‘ bezeichnen.

Im Unterschied zur optimistischen Sichtweise nehmen kritische Demokratietheoretiker wie Benjamin Barber eine zurückhaltendere Position ein. Barber macht geltend, daß technologische Innovationen wie das Internet zwar prinzipiell ‚neutrale Instrumente‘ darstellen, die zur Modernisierung und Verbesserung der Demokratie genutzt werden können.⁹ Um dies Potential zu nutzen, müßte aber die Struktur des Mediums erst in einer demokratieverträglichen und -befördernden Weise reformiert werden. Autoren wie Barber – oder in Deutschland Claus Leggewie – betrachten es deshalb als wesentlichen Teil ihrer akademischen Tätigkeit, jene Faktoren zu identifizieren, die dieses demokratische Potential bedrohen, und Wege zu finden, um die demokratische Öffentlichkeit mit dem Internet zu stärken. Ich bezeichne diese Position als die ‚neutralistische‘ Sichtweise.

Das Ziel dieses Beitrages besteht nicht in technophobischer Kritik. Ich möchte aber doch einige Fragen aufwerfen, mit denen sowohl die Optimisten wie die Neutralisten konfrontiert werden müssen. Das im folgenden entwickelte skeptische Memento hat zwei Haupt-

8 „Das GII (Global Information Infrastructure Program) wird nicht nur eine Metapher für eine funktionierende Demokratie sein, es wird in der Tat das Funktionieren der Demokratie befördern, indem es in großem Ausmaß die Beteiligung der Bürger an Entscheidungen vergrößert ... Ich sehe, wie sich ein neues athenisches Zeitalter der Demokratie in den Foren, die GII schaffen wird, Bahn brechen wird.“ Al Gore anläßlich einer Ansprache an die International Telecommunications Union in Buenos Aires am 21. März 1994. Zitiert in: Brook/Boal (1995), XII.

9 „Technologie ist ein neutrales Instrumentarium: als Verbündeter der Demokratie kann es die Kommunikation zwischen den Staatsbürgern und ihre Bildung erhöhen. Dem Markt überlassen wird es wahrscheinlich die schlimmsten Imperative von McWorld weiter verbreiten. Telekommunikationstechnologie kann zur Stärkung der Zivilgesellschaft dienen, aber sie ist auch zu unvorhergesehener Überwachung fähig und kann Information gleichermaßen behindern und manipulieren wie sie zugänglich machen.“ (Barber 1995, 273, 270). Vgl. auch Barber 1984, 273-278.

punkte. Erstens behaupte ich (gegen die ‚Optimisten‘), daß zwischen dem verheißenen Land der demokratischen Infrastruktur und der derzeitigen Netzrealität ein breiter Abgrund klafft. Die Chancen, ihn in Zukunft zu überwinden, sind wenig vielversprechend. Zweitens wende ich gegen die ‚Neutralisten‘ ein, daß die Computerkommunikation als solche nicht ohne Wirkungen auf die Qualität des politischen Diskurses – der durch das Medium transportiert wird – bleibt und daß diese Effekte für das rationalisierende Potential politischer Deliberationsprozesse eher von Nachteil sind. Einige Aspekte der nachfolgenden Bedenken mögen dem gegenwärtigen Stand der technologischen Entwicklung von Computern geschuldet sein. So kann die Einführung von Computerprogrammen, die in der Lage sein werden, jede Äußerung in jede Sprache zu übersetzen oder die Einführung von Computern, die die menschliche Stimme einbeziehen sowie die Erfindung von Erleichterungen im Bereich der visuellen Bildschirmkommunikation mehr (positive) Folgen haben, als derzeit abzusehen sind. Es genügt jedoch nicht, nur die eine oder andere vorgebrachte Befürchtung zurückzuweisen. Um die Computerdemokratie überzeugend zu verteidigen, sollten die ‚Optimisten‘ in der Lage sein, ihre Position gegen alle vorgebrachten Einwände zu verteidigen und nicht bloß einige der Thesen dieses Aufsatzes zurückzuweisen. Die ‚Neutralisten‘ sollten in der Lage sein, ihre Position gegen die drei Einwände zu verteidigen, die im letzten Teil des Aufsatzes formuliert werden.

Der Beitrag beginnt mit einer knappen Auflistung der Hauptargumente, die bislang für oder gegen das demokratische Potential des Internet und der Datenautobahn angeführt wurden (1). Der zweite Teil enthält drei Fragen, die sich exklusiv an die ‚optimistische‘ Auffassung richten. Es handelt sich um: die soziopolitischen Nebeneffekte der Superdatenaubahn und ihre Konsequenzen für die Demokratie (ein soziologisches Argument); die Exklusivität der Computerkultur (ein kulturwissenschaftlich-ethnographisches Argument); sowie die politische Ökonomie des Netzes (ein ökonomisches Argument) (2). Die letzten drei Fragen richten sich sowohl an die ‚Neutralisten‘ wie an die ‚Optimisten‘. Es sind: das Problem der Redefreiheit und der demokratischen Zensur (ein technisches Argument); Informationsüberfluß und demokratische Interaktion (ein kommunikationstheoretisches Argument); sowie die Charakteristika des politischen Diskurses vor dem Bildschirm (ein psychologisches Argument) (3). Nicht nur die Politikwissenschaft, auch die politische Philosophie ist angesichts der Herausforderung, die das Massenmedium Internet darstellt, gezwungen, ihre demokratietheoretischen Grundbegriffe erneut zu reflektieren (4).

1. Der Stand der Debatte um das Für und Wider der Computerdemokratie

In der gegenwärtigen Debatte über die Möglichkeiten der Computerdemokratie sind die Einschätzungen ebenso kontrovers wie die Quellen spekulativ sind. Auf der einen Seite stehen die Befürchtungen und negative Visionen; einige von ihnen speisen sich aus den Erfahrungen mit Neuen Medien vor dem Internet. Die Hauptbefürchtungen sind:

– *Klassenteilung*: Die umfassende Nutzung des Internet bleibt auch in Zukunft eine kognitiv und finanziell anspruchsvolle Angelegenheit. Aufgrund der unterschiedlichen Verteilung technologischer Fertigkeiten und finanzieller Ressourcen wird die Computerdemokratie soziale Schichtenbildungen noch vertiefen und zu neuen Unterschieden zwischen einem elitären Kreis wohlhabender Kopfarbeiter (dem sog. Kogitariat) und einer

wachsenden Klasse technologischer Habenichtse führen (vgl. Reich 1991, Rifkin 1994, Bennaum 1995).

– *Kommerzialisierung*: Sobald private Firmen in das Netz gehen, wird dieses seinen Charakter ändern und zum Medium verstärkter Kommerzialisierung werden. Die politische Kommunikation kann sich gegen diese Einflüsse nicht abschirmen; mit dem Internet wird die öffentliche Sphäre kommerzialisiert und noch perfekter verdinglicht werden. Letztlich wird das Netz direkte Kommunikation zwischen den Bürgern entfremden und den von Habermas diagnostizierten ‚Strukturwandel der Öffentlichkeit‘ noch radikalisieren (vgl. Carey 1989, Heim 1993).

– *‚Panoptifizierung‘* (Robins und Webster): Diese Kritik lehnt sich an Foucaults Gebrauch der Metapher vom „Panoptikum“ an. Danach räume die Verlagerung von politischer wie Alltagskommunikation in das Netz Regierungsbehörden und kapitalistischen Unternehmen ein neues Niveau von Kontrollmöglichkeiten ein. Die neuen Kommunikations- und Informationstechnologien erlaubten einer geringeren Anzahl von Bürgern eine größere Anzahl von Bürgern zu kontrollieren. Die oder der einzelne hinterlassen digitale Schatten oder Spuren (hinsichtlich geschäftlichen Verhaltens, sexueller Präferenzen, politischer Anschauungen), die gesammelt und in Dossiers zusammengefaßt von Regierungen, Polizeiapparaten, Informationshändlern oder privaten Geschäftsleuten benutzt werden können (vgl. Wicklein 1981, Burnham 1983, Robins und Webster 1988, Schwartau 1994).

– *Ent-Realisierung*: Kommunikation mittels der neuen Technologien wird zu einer Entfernung von Wirklichkeit führen. Zeichensysteme erschaffen künstliche Realitäten, die dazu dienen, neue Wünsche und Bedürfnisse bei den Netzbenutzern hervorzurufen. Dadurch gelingt es, das konsumtive Bedürfnisniveau der Gesamtbevölkerung so hoch zu halten, daß sich die Konsumgesellschaft ungestört reproduzieren kann (vgl. Baudrillard 1985, 1994, Rushkoff 1995).

Gleichwohl scheinen einige der technischen Eigenschaften des Internet aus demokratietheoretischer Sicht auf eine weitaus positivere Beurteilung hinzudeuten. Folgt man den Argumenten der Cyberlogen, so ist das Internet das potentiell wichtigste Instrument kritischer Gegenöffentlichkeit. Einige Argumente erinnern sogar an H. M. Enzensbergers 1970 verfochtenes Konzept einer subversiven Medientheorie. Bezieht man die von ihnen angeführten positiven Qualitäten des Netzes auf moderne Demokratietheorien, so sind die Ähnlichkeiten zum Habermasschen Modell der uneingeschränkten Öffentlichkeit bemerkenswert. Sogar die verwendeten Metaphern gleichen sich. So spricht Habermas vom demokratischen Ideal einer „dezentrierten Gesellschaft“, in welcher die Volkssouveränität nur noch in der „anonymen Form“ der „subjektlosen Kommunikationskreisläufe von Foren und Körperschaften“ und dem politischen Willen „peripherer Netzwerke der politischen Öffentlichkeit“ besteht.¹⁰ Im Anschluß an Habermas verfißt Seyla Benhabib ein normatives Konzept von Öffentlichkeit, in dem „verknüpfte und überlappende Netzwerke ... locker assoziiert“ sind und „vielfältige Brennpunkte der Meinungsbildung und -ausbreitung, die sich gegenseitig in freien und spontanen Informationsprozessen beeinflussen“, bilden (Benhabib 1994, 48, 35). Benhabib zufolge fungieren Fax und E-Mail

¹⁰ Habermas 1992, 170 und Habermas 1994, 7, 10.

als moderne Medien deliberativer Demokratie. Über diese Wahlverwandtschaften in der Metaphorik hinaus scheint die neue Technologie wesentliche Grunderfordernisse der Habermasschen Vorstellung einer demokratischen Öffentlichkeit zu erfüllen: Es handelt sich um eine universelle, anti-hierarchisch orientierte, komplexe und anspruchsvolle Interaktionsform (universeller Zugang, Kommunikation ohne Zwang, Freiheit des Ausdrucks, Programm ohne Einschränkungen, Teilnahme außerhalb der traditionellen politischen Institutionen, Generierung öffentlicher Meinung durch Diskussionsprozesse).

– *Leichter Zugang:* Internet erlaubt jedem Bürger einen einfachen und ungefilterten Zugang zu allen im Netz angebotenen Informationen. Jede Initiative, Behörde, Partei oder Interessengruppe kann ihre für wichtig gehaltenen Erkenntnisse und Meinungen im Netz platzieren, und der Bürger kann sich einen ungefilterten Zugang zu diesen Informationen verschaffen. Die Kommunikation im Internet macht die Bürger unabhängig von der Macht und den Einflüssen von Regierungen und professionellen Politikvermittlern. Indem Bürger im Netz agieren, zerstören sie die korporatistischen Machtstrukturen von Firmen, Lobbies und Parteien und eignen sich den politischen Diskurs wieder an (vgl. Progress 1994, Katz 1995).

– *Kostengünstiger Zugang:* Das Internet bietet den kostengünstigsten und umweltschonendsten Weg der politischen Kommunikation. Im Unterschied zum Fernsehen, Radio oder den traditionellen Printmedien benötigt es keine Werbeeinnahmen, um zu existieren. Finanziert wird das Netz nach einer einfachen Regel: Jeder Teilnehmer zahlt lediglich auf seiner Zugriffsebene einen proportionalen Anteil für die Nutzung der kollektiv benötigten Ressourcen. Universitäten und Forschungsinstitute zahlen für die Einspeisung im regionalen Netz, individuelle Nutzer lediglich für den Kontakt zum lokalen Anbieter (vgl. Eudes 1995).

– *Gegenöffentlichkeit:* Das Internet ist ein Massenmedium mit individualisierbarem Zuschnitt. Es erleichtert die schnelle Organisation von politischen Bürgeraktionen. So gibt es bereits verschiedene Umweltnetzwerke, die ihre Teilnehmer permanent auf dem laufenden halten und beispielsweise im Sommer 1995 die weltweiten Protestaktionen gegen die Neuaufnahme der französischen Atomversuche koordinierten und publizierten. Die Telefonkette hat bei der Organisierung der studentischen Aktionen gegen die Sparpolitik der amerikanischen Regierung längst ausgedient und ist vom Cyberspace abgelöst worden (vgl. Herszenhorn 1995).

– *Immunisiert gegen Autoritarismus:* Das Internet stellt virtuelle demokratische Gemeinschaften her, deren Diskussionen von keiner autoritären Macht kontrolliert werden können. Die Gefährdung des Realen Sozialismus durch die Fotokopiertechnik war harmlos im Vergleich zu den Bedrohungen, die das Internet für die autoritären Regime in Asien bedeutet. Wollen die Staaten dieser Region weiterhin ihre technologische Spitzenposition verteidigen, kommen sie um die Zulassung des Netzes nicht herum. Auch in Singapur wird sich dann eine von der Zensur nicht mehr kontrollierte politische Diskussion formieren können; weltweit werden die Menschenrechtsverletzungen in China von erster Hand dokumentiert werden können (vgl. Gates 1995).

– *Universeller Zugang:* Im Internet kommunizieren Cyberbürger in einer grenzenlosen, universalen demokratischen Öffentlichkeit. Die Kommunikation in der elektronischen Agora ist anti-hierarchisch und anspruchsvoll. Das Netz erlaubt Menschen, die sich sonst nie begegnen könnten, die weltweite, intensive Kommunikation zu Themen, zu denen sie

normalerweise keine kompetenten Gesprächspartner finden würden. Internet vergrößert und verbreitert diese Öffentlichkeit (vgl. Rheingold 1994, Negroponce 1995).

2. Wider die Optimisten

Man muß eine gehörige Portion Vorsicht walten lassen, wenn es um die Prognose von Effekten von Kommunikationstechnologien geht. Die bisherige Technikgeschichte hat sich Voraussagen gegenüber rückblickend als notorisch unfreundlich erwiesen.¹¹ Gleichwohl sind einige der folgenden Gesichtspunkte nicht nur spekulativ.

2.1 ‚Allein im Büro‘: Sozio-politische Nebeneffekte der Datenautobahn

Wie der Bau des Autobahnnetzes tiefgreifende Auswirkungen auf Nutzer wie Nichtnutzer hatte, wird auch die Ausbreitung der Datenautobahn das Leben von uns allen berühren. Sowenig sich bereits abschätzen läßt, welche Konsequenzen das Internet auf die unterschiedlichen gesellschaftlichen Lebensbereiche konkret haben wird – daß die Folgen insgesamt gravierend sein werden, steht für jeden, der über etwas Phantasie verfügt, außer Frage. So wird die Zunahme von Computer-Heimarbeitsplätzen die bisherige Familienstruktur tiefgreifend beeinflussen (beide Elternteile können flexibler arbeiten und Freunden wie der Familie mehr Zeit widmen), auch die Infrastruktur (weniger Verkehr, keine Stauzeiten), die Erziehung (virtuelle Klassenzimmer) oder Unterhaltung (elektronisches Casino) werden neue Formen haben. Zumindest einige dieser gesellschaftlichen Veränderungen werden Nebeneffekte für westliche Demokratien haben, die den vor zwanzig Jahren aufgestellten Thesen über die politischen ‚Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus‘ eine neue Aktualität verleihen.

Zum einen werden die praktischen Chancen für kollektives Handeln und Demokratie am Arbeitsplatz minimiert. Arbeitnehmer, die sich aus einsamen Büros begegnen, werden vor größeren Schwierigkeiten bei der Überwindung klassischer Probleme kollektiven Handelns stehen als bisher. Die Geschichte sozialer Bewegungen lehrt, daß es zum Entstehen und zur Organisation von Solidarität mehr bedarf als der Allokation von Einzelinteressen. Räume für kollektive Ausdrucksmöglichkeiten, gemeinsame Symbole und geteilte Alltagserfahrungen sind eine notwendige Bedingung für Solidarität und Demokratie am Arbeitsplatz. Dieses Umfeld läßt sich am virtuellen Arbeitsplatz nur schwer reproduzieren. Die Ermöglichungskontexte für Formen der Demokratie in der Arbeitswelt sind im Schwinden begriffen.

Zum zweiten forciert das Internet die Globalisierung der Wirtschaft in eine neue Phase und wird in den bestehenden Industriegesellschaften bislang sozialstaatlich pazifizierte Konflikte zu neuem Leben erwecken. Glaubt man den Berichten der Welt-Bank, so werden vor allem westliche Demokratien unter erheblichen wirtschaftlichen Druck geraten. Der Traum der achtziger Jahre, von der Industriegesellschaft in die Dienstleistungsgesellschaft übergehen zu können, löst sich angesichts dieser Prognosen auf. Selbst die optimistischen

¹¹ Nachdem der Berichterstatter der New York Times 1939 Zeuge der Vorführung des neuentwickelten Fernsehens gewesen war, gelangte er zu folgender Schlußfolgerung: „Das Problem mit dem Fernsehen ist, daß die Leute sitzen und ihre Augen auf einen Bildschirm heften müssen; die amerikanische Durchschnittsfamilie hat dafür keine Zeit.“ Zitiert in Abramson u. a. 1988, 7.

Szenarios der Anhänger des Netzes wie Nicholas Negroponte und Bill Gates räumen ein, daß der Rückgang der Beschäftigung im industriellen Sektor und vor allem der Beschäftigungseinbruch in vielen Bereichen des Dienstleistungssektors durch neue Multimedia-Arbeitsplätze nicht kompensiert werden kann. In westlichen Gesellschaften wird insbesondere die Mittelschicht zu den Verlierern der Computer-Modernisierung und des internationalen Konkurrenzdrucks gehören.¹² Die Arbeitslosenzahlen werden sich auf ein höheres Niveau einpendeln und zusätzlich zu den schon bestehenden Problemen die Institutionen des Wohlfahrtsstaates unter Druck setzen. Die Perspektiven für die Stabilität westlicher Demokratien werden dadurch zumindest nicht besser werden.

Schließlich ist mit dem Aufbrechen neuer politischer Konfliktlinien zu rechnen. In den USA ist zu beobachten, daß eine privilegierte Gemeinde von Kommunikationsarbeitern in inselartige Vorstädte zieht, in denen sie sowohl leben als auch arbeiten. Diese Vorstädte verfügen über private Dienstleistungsunternehmen für Sicherheit, Gesundheit, Erholung und Schulausbildung und ziehen ihre finanzielle Unterstützung für die Gesamtgesellschaft zurück. Diese Politik der Sezession wird den öffentlichen Sektor weiter belasten und den sozial pazifizierenden Handlungsspielraum des politischen Systems weiter einengen. Das „globale Dorf“ hat in diesem Szenario das zweite Gesicht eines „sezessionistischen Dorfes“. Darüber hinaus werden weitere neue Spaltungen entstehen. Was wird beispielsweise die wachsende Abhängigkeit von der Computerkompetenz mit Blick auf das Verhältnis zwischen jungen und älteren Menschen bedeuten?

2.2 „Computer machen Leute“: Die Exklusivität der Computerkultur

Der Kulturraum Cyberspace verspricht, gleichzeitig die Vorteile einer ungestörten Privatsphäre sowie eines reichen kulturellen Angebots zu gewähren. Verfechter des Netzes machen geltend, es bringe Vielfalt und Neues in jeden Haushalt und trage damit zu einer Kultur bei, die weniger vom Durchschnitt und von der Vereinheitlichung bestimmt ist. Es heißt in diesem Zusammenhang, Bytes hätten keine Rasse, kein Geschlecht, keine Religion und kein Alter. Trotz solcher egalitären Verheißungen sind indes ganze Gruppen so gut wie gar nicht im Netz präsent. In den USA beispielsweise sind Schwarze¹³ und Hispanics, Frauen¹⁴, Ältere und Arme unterrepräsentiert. Dies ist nur zum Teil ökonomischen Grün-

12 Negroponte 1995, 228, Gates 1995, 175. Vgl. ausführlicher Aronowitz/DiFazio 1994 und Rifkin 1995. In der Bundesrepublik stimmen die führenden Wirtschaftsinstitute darin überein, daß aufgrund der neuen Technologien mehr Arbeitsplätze verloren gehen werden, als im Multimedia-Bereich neu entstehen werden. Ganze Branchen (wie Reisebüros) müssen sich darauf gefaßt machen, daß ihre Tätigkeit überflüssig wird.

13 Nach neueren Studien sind 80–87 Prozent aller Nutzer des World Wide Web Weiße (Kinney 1995, 92). Folgt man einem Überblick von Times-Mirror aus dem Jahre 1994 (Times Mirror 1994) sowie einem Überblick von RAND aus dem Jahr 1995 (Anderson u. a. 1995), so differenziert sich auch der Gebrauch von E-Mail entlang rassischer und ethnischer Grenzen. 39 Prozent aller weißen Haushalte besitzen im Vergleich zu 11 Prozent aller schwarzen Haushalte Computer (vgl. USA Today vom 11. August 1995, 13A).

14 Neuere Untersuchungen, präsentiert auf dem Annual Congress of the American Political Science Association 1995 in Chicago, besagen, daß 80–90 Prozent aller Nutzer des World Wide Web männlich sind (Kinney 1995, 92). Allerdings spielt nach einer RAND-Untersuchung die Geschlechterdifferenz keine herausragende Rolle (Anderson u. a. 1995).

den geschuldet und deshalb auch nur zum Teil durch finanzielle Zugangserleichterungen änderbar. Einmal abgesehen davon, daß die Idee von einem universellen, globalen Netzwerkbetrieb auf Hochfrequenz in einer Welt, in der nur ein Fünftel der Bevölkerung über ein Telefon verfügen, im besten Fall lächerlich ist, erweist sich eine wichtige Trennungslinie zwischen Nutzern und Nicht-Nutzern als kulturell bestimmt. Umfragen haben ergeben, daß der Aufenthalt vor den bunten Computer-Bildschirmen von vielen Farbigen und Hispanics in den USA als eine „langweilige weiße Sache“ abgelehnt wird. Bemühungen, die schwarze und hispanische Bevölkerung für die Kommunikation im Netz zu begeistern, sind bislang ohne nachhaltigen Erfolg geblieben. Nun ließe sich argumentieren, daß diese Gruppen einen hohen Nachholbedarf haben. Nachholen in diesem Sinne wäre dann allerdings eine einseitige kulturelle Anpassungsleistung und zweitens, selbst wenn sie angestrebt werden würde, ein ausgesprochen langfristiges Projekt. Derzeit ist die Bereitschaft, die eigenen Abenteuer auf der Datenautobahn zu suchen, eine kulturabhängige Größe.

Der Kulturraum Cyberspace ist bereits Gegenstand ethnographischer Untersuchungen geworden. Die Beobachtungen ergeben ein Bild von einem spezifischen und exklusiven kulturellen Muster. Mit dem Computermagazin WIRED (oder HOTWIRED im Netz) ist eine Zeitschrift entstanden, die, ähnlich wie Ende der sechziger Jahre die Musikzeitschrift ROLLING STONE, zum Sprachrohr eines bestimmten Lebensstils und dessen politischen Selbstverständnisses avanciert ist. Ihre Leser sind in der Regel wohlhabende männliche Weiße zwischen zwanzig und fünfundreißig mit eigener Sprache, eigenen Symbolen, Lieblingsgerichten und besonderen Kleidungsregeln.¹⁵ Folgt man Beobachtungen von Vivian Sobchak, hat sich der politische Aktivismus der sechziger Jahre zu einer Mischung aus „New Age Spiritualität“ und „New Edge Technologiebegeisterung“ gewandelt und sich dessen soziales Bewußtsein in eine „besonders privilegierte, selbstbezogene, konsumorientierte und technologieabhängige libertäre Einstellung“ aufgelöst (Sobchak 1993, 574). Statt in der Verletzlichkeit des menschlichen Körpers und den globalen ökologischen Problemen den Ausgangspunkt für ethische Verantwortung in einer hochtechnologisierten Welt zu finden, zielt die Computerkultur darauf, ihr Bewußtsein auf die Festplatte zu laden und ihre obsoleten Körper (sie werden abwertend als ‚Fleisch‘ oder ‚Ware‘ bezeichnet) hinter sich zu lassen. Die neue Kultur ist ein eigentümliches Konglomerat von postmodernen Desintegrationstheoremen und New-Age-Elementen. Ein nicht unbedeutender Aspekt der Computerkultur ist der prickelnde Reiz der Freiheit für diejenigen, die es sich wirtschaftlich leisten können, eine radikal-libertäre Haltung gegenüber politischen Fragen einzunehmen.¹⁶ Die radikal-libertäre Weltanschauung der Computerkultur legitimiert die derzeitigen Modernisierungsgewinner. Ihre Kernelemente bestehen aus einer Sicherung von maximalem Individualismus und privatem Rückzug aus der Politik: „Ihre Träume von persönlicher Freiheit und ihr vollkommenes Vertrauen in Selbsthilfe sind in Privilegien und im Status Quo begründet: dem Privileg, ein Mann zu sein, dem Privileg, weiß zu sein, in ökonomischen Privilegien, Ausbildungsprivilegien, dem Privileg, in der ersten Welt zu leben. Ihre Träume beruhen auf der Freiheit zu kaufen und – ganz besonders – der Freiheit zu ver-

15 Für eine genauere kulturelle Beschreibung vgl. Paul Keegan, „Wired World“, in: New York Times Magazine vom 21. Mai 1995, 38–45, sowie Helmers 1995.

16 Für eine genauere politische Beschreibung der Netz-Libertären vgl. Kinney 1995.

kaufen.“ (Sobchak 1993, 581) Die Kultur der elektronischen Vernetzung ist zum kommerziellen Milieu par excellence geworden.

2.3 ‚Mediapoly‘: Die politische Ökonomie des Netzes

Verfechter des Internet wie Howard Rheingold sehen dessen demokratisches Potential darin, daß es sich außerhalb der Kontrolle der Massenmedien befindet. Bis vor kurzem wurde der Cyberspace nicht um des Profits willen betrieben. Die meisten Teilnehmer zahlten lediglich einen winzigen Anteil der realen Ausgaben für die Unterhaltung des Netzes. Universitäten und Regierungsbehörden teilten sich die Kosten für Computereinrichtungen, Speichervorrichtungen, Wartung und Hochgeschwindigkeitsschaltungen. Dieser Status des Netzes gehört mittlerweile zur glorreichen Vergangenheit. Seit Anfang 1993 sind große Firmen den Computer-„Phreaks“¹⁷ gefolgt und ins Netz eingestiegen. Dieser Schritt kann für das Netz ähnliche Folgen haben wie die Kommerzialisierung des Radios in den zwanziger Jahren.¹⁸ Auch die alte Internet-Gemeinde warnt mittlerweile vor den damit verbundenen Gefahren (Katz 1995, 211). Die Zukunft des Internet hängt in großem Ausmaß von der künftigen Struktur des Mediengeschäfts ab.

Zu den strittigsten Fragen in der Bewertung Neuer Medien gehörte in den achtziger Jahren, ob sich diese weiter zentralisieren würden als ihre Vorgänger. Inzwischen gibt es – entgegen der Thesen von Internet-Enthusiasten wie Toffler und Negroponte, wonach die Medienindustrie der Zukunft stärker segmentiert und dezentralisiert sein wird – eine Reihe eindeutiger empirischer Anhaltspunkte. Wie neue Daten zeigen, tendiert die Medienindustrie zu einem neuen Niveau der vertikalen Integration.¹⁹ Es gibt wenig Anlaß, von diesen Konglomeraten etwas anderes als eine Wiederholung des Ausverkaufs zu erwarten, wie er zuerst beim Radio und dann beim Fernsehen erfolgte. Das gesetzliche Rahmenwerk, welches dem Fernsehen der USA gewisse Bildungs- und Informationsaufträge vorschrieb, entpuppte sich als Makulatur und bewirkte nichts gegen die Kommerzialisierung des Mediums. Heute haben weitere Deregulierungsgesetze in den Vereinigten Staaten und Europa (auch in der Bundesrepublik) den Weg zur Kommerzialisierung noch vereinfacht. Deregulierungsgesetze haben der Medienindustrie in den USA erlaubt, eine neue Ebene des „Fusionswahnsinns“ (Barber) zu erreichen, wie beispielsweise die kürzlich getätigten Zusammenschlüsse von Time Warner und Turner sowie von Walt Disney, Capital Cities und ABC zeigen. Die vertikal integrierten Medien-Konglomerate umfassen nicht nur Buchverlage, Radiostationen, Fernsehkanäle, Filmproduktionen, Zeitungen in Großauflage, die Video- und Musikindustrie, sondern auch Computersoftware, Telefonnetze und andere Möglichkeiten des Netzes. Die Mediengroßkonzerne der ‚Kulturindustrie‘, wie Adorno/Horkheimer sie vor fünfzig Jahren bezeichneten, tendieren heute mehr denn je dazu, jeden Teil des Medienprozesses und jedes Organ des Medienkonsumenten zu erreichen. In diesem Kontext wirkt die Verheißung von Demokratie durch das Internet mehr wie eine

17 [Anmerkung des Übersetzers: Wortspiel aus „freak“ und „telephone“.]

18 Es bestehen unübersehbare Parallelen zwischen den Diskussionen zu Beginn des Rundfunks (z. B. über das demokratische Potential, die Rede vom interaktiven Medium, vom Bildungseffekt sowie bezüglich Zugang und der Art der Finanzierung) und den heutigen Kontroversen über das Netz. Für einen Überblick zur alten Debatte vgl. Kittross und Sterling 1978, Smulyan 1994.

19 Vgl. zum folgenden: Barber 1995, 137 ff. und Kleinstüber 1996.

clevere Werbeidee. Man fühlt sich an andere technologische Revolutionen der letzten Jahre, an die damit verbundene Serie uneingelöster Versprechen erinnert. Desktop-Publishing und Kabelfernsehen wurden ebenfalls als Mittel zur Verbreitung von Pluralismus angepriesen und unterlagen sehr schnell einer homogenisierenden Dominanz der Medienkonzerne. Ich fürchte, daß der Gestaltungsspielraum staatlicher Regulierung derartiger Medienkonglomerate auf enge strukturelle Grenzen stößt und daß die Vorstellung, in Europa ließe sich per Gesetz eine andere Medienstruktur als in den USA etablieren, an den Imperativen des internationalen Medienmarktes scheitert.

3. Wider die ‚Neutralisten‘

Die bisherigen Rückfragen waren in der Hauptsache an die ‚Optimisten‘ adressiert. Es ist jedoch zumindest prinzipiell vorstellbar, daß eine demokratische Bewegung, die die Idee einer elektronischen Demokratie unterstützt, in der Lage sein könnte, die kulturelle Exklusivität, einige Auswüchse von Mediapoly sowie selbst einige der sozio-ökonomischen Nebeneffekte in den Griff zu bekommen. Deshalb plädieren ‚Neutralisten‘ wie Benjamin Barber oder Claus Leggewie dafür, diesen Gefahren engagiert entgegenzuarbeiten, um das demokratische Potential des interaktiven Cyberspace weiter zu entfalten. Die folgenden drei Argumente zielen darauf ab, diese ‚neutralistische‘ Sichtweise in Frage zu stellen, weil sie das Ausmaß unterschätzt, in der die Interaktion mit dem Computer das Moment des demokratischen ‚Bürgers‘ angreift.

3.1 ‚Verschlüsselte Demokratie‘: Redefreiheit und ‚demokratische Zensur‘

Moderne Demokratietheorien sind im Dissens darüber, ob und inwieweit der Inhalt politischer öffentlicher Rede Beschränkungen unterliegen soll. Einige machen geltend, daß Aufrufe zur Gewalt gegen andere Personen, Haßparolen oder rassistisches Gedankengut nun einmal Teil des Preises sind, den Demokratien für den Erhalt der Redefreiheit zahlen müssen. Andere halten dagegen, daß Gewaltaufrufe gegen Minderheiten oder Haßparolen die normativen Voraussetzungen des demokratischen Diskurses verletzen und deshalb mit gesetzlichen Mitteln bekämpft werden sollten. Die normative Debatte um die Frage der demokratischen Zensur dauert an und ist Teil des demokratischen Streites (vgl. Sunstein 1993). Das Internet schneidet diese normative Debatte ab, indem es die libertäre Position durch technischen K.O. zum Sieger macht.

Ein zentrales Argument zugunsten des demokratisierenden Potentials des Internet ist sein freier Informationsfluß. Das Widerstreben von Singapur, China oder Cuba, den Zugang zum Netz zu öffnen, illustriert diesen Punkt anschaulich. Im Gegensatz zum Autoritarismus gibt es im Netz keine Zensur, sei sie politischer, krimineller oder moralischer Art. Inzwischen ist die moderne Verschlüsselung technisch so weit fortgeschritten, daß sie selbst für die National Security Agency (NSA) der USA nicht mehr zu knacken ist. Fünfzig Jahre lang hatte die NSA das Monopol für Kryptographie inne. Nun befürchtet sie, neue Verschlüsselungstechniken würden es der organisierten internationalen Kriminalität, Terroristen, Drogenschmugglern oder Spionen erlauben, das Netz für unkontrollierbare Kommunikation zu verwenden. Die Verschlüsselungsmöglichkeiten haben eine Koalition von Internetgegnern entstehen lassen, die von Feministinnen (die ‚sexistisches‘ Material aus dem Netz verbannen wollen), Minderheiten-Gruppen (die sich durch Aufrufe zur

Gewalt gegen sie bedroht fühlen) über Polizei- und Regierungsbehörden (die verschlüsselte Kommunikation durch internationale Terror-Banden oder Spione befürchten), private Firmen (die ihre Copyrights sichern wollen) bis hin zu Konservativen (die sich um ihre Erziehungsideale sorgen) reicht. 1992 schlug die NSA ein Gesetz vor, welches eine Standardnorm zur Verschlüsselung mit Namen ‚Clipper-Chip‘ bindend einführen sollte.²⁰ Clipper-Chip war ein System, das sichere Verschlüsselung zwischen Bürgern ermöglicht. Staatliche Behörden sind jedoch prinzipiell in der Lage, den Datenverkehr zu entschlüsseln, allerdings (wie beim Brief- und Telefongehheimnis) nur mit Billigung entsprechender juristischer Instanzen. Widerstand einer Koalition aus Computerindustrie, Telefongesellschaften, Verschlüsselungsfirmen und Online-Aktivisten wie die Electronic Frontier Foundation (EFF)²¹ verhinderten die Verabschiedung des Gesetzes. Versuche der US-Regierung, eine neue Norm namens ‚Key Escrow Encryption‘ einzuführen, die im Grundsatz dieselben technischen Eigenschaften aufweist wie das Clipper-Chip, wurden im Februar 1996 endgültig aufgegeben. Gleichzeitig hatten ‚Computerphreaks‘ wie Philipp Zimmermann und John Gilmore eigene Verschlüsselungstechniken entwickelt. Seit Februar 1996 ist das nicht knackbare Verschlüsselungsprogramm PGP (Pretty Good Privacy) legal erhältlich, nachdem es schon seit 1993 illegal im Netz kursierte.

In den USA hat PGP das Verhältnis von Staat und Bürger verändert. Zum ersten Mal gibt es eine moderne Kommunikationstechnik, bei welcher der Staat sich nicht zwischenschalten kann. Deshalb sind Gesetze wie der ‚Communication Decency Act‘ vom Februar 1996, der zu zahlreichen Protesten im Netz geführt hatte, ohne echte Konsequenzen. Weder in Alabama noch in München ist die Staatsanwaltschaft – wenn die Anbieter nicht einfacherer Weise in ein anderes Land abwandern – in der Lage, mit PGP verschlüsselte Informationen zu lesen. In Europa ist der legislative Kampf um die Verschlüsselungstechnik noch nicht entschieden. Im September 1995 hat das Europäische Parlament noch einmal bekräftigt, daß öffentliche Schlüssel notwendig seien. Gegenwärtig ist nicht klar, wer bei diesem legislativen Wettlauf am Ende gewinnt, die Regierungsbehörden mit ihrem Wunsch, private Verschlüsselungen der Bürger zu unterbinden, oder die Online-Liberalen.

Doch unabhängig davon, wer bei diesem Wettrennen die Nase vorn haben wird: Das Internet hebt die Unterscheidung zwischen privater und öffentlicher Kommunikation auf. Technisch gesehen, läßt sich die traditionelle Unterscheidung zwischen öffentlicher Kommunikation (in Zeitungen und Fernsehen) und privater Kommunikation (in Briefen und per Telefon) nicht wiederherstellen. Jede elektronische Information kann als beides angesehen werden. Dies führt in ein Dilemma, das politisch entschieden werden muß. Entweder man gibt staatlichen Stellen einen Generalschlüssel für die gesamte Kommunikation im Netz – dann muß man dafür Sorge tragen können, daß potentielle Mißbräuche dieser universalen Schlüsselgewalt verhindert werden können. Oder man erklärt die gesamte Kommunikation im Netz zur Privatangelegenheit – dann muß man einräumen, daß die normative Debatte über die Grenzen ‚demokratischer Zensur‘ für beendet erklärt werden

20 Für einen Überblick über die Auseinandersetzung zur Verschlüsselung vgl. Levy 1994 und Möller 1996.

21 Zu dieser Koalition vgl. „Fight for Your Rights. The EFF.“ in: .net, Mai 1995, 48–51.

kann. Entweder also möchte man die Verbreitung ‚gewaltverherrlichender‘, ‚schlechter‘, ‚undemokratischer‘, ‚gefährlicher‘, ‚falscher‘ oder ‚krimineller‘ Informationen unter Kontrolle halten. Oder man folgt den Argumenten der EFF, schließt sich ihnen in ihrer liberären Begeisterung für ‚Bürgerrechte im Cyberspace‘ an und versteht jegliche Kommunikation im Netz als private Meinungsäußerung. Aufgrund des Wegfalls der traditionellen Unterscheidungen zwischen privat und öffentlich haben beide Optionen Auswirkungen auf die Demokratie. Die erste Option der ‚demokratischen Zensur‘ ist mit der oben angeführten Bedrohung namens ‚Panoptifikation‘ konfrontiert. Die bisherigen Versuche von Initiativen wie der PICS (Platform for Internet Content Selection) auf freiwillige Selbstkontrolle der Netzteilnehmer zu setzen und sie zur Anwendung von Bewertungskennzeichen (sogenannte ‚ratings‘) zu animieren, sind auf die Mithilfe genau derjenigen angewiesen, von denen eine freiwillige (und vor allem wahrheitsgetreue) Beteiligung am wenigsten zu erwarten ist. Die Angst vor der ‚Panoptifizierung‘ wird, wie jetzt auch schon in den USA zu erkennen ist, für die praktische Durchsetzung der zweiten Option sprechen. Am Ende steht ein demokratischer Kommunikationsmodus, dessen normative Basis allein von den technischen Eigenschaften des Internet diktiert ist. Nicht nur, daß es selbst für diejenigen politischen Gemeinschaften, die es wollen, keine Mittel mehr gibt, die Versendung von antisemitischen, rassistischen, sexistischen oder anderen diskriminierenden Nachrichten über das Netz zu verhindern.²² Selbst die Durchsetzung des gesetzlichen Rechtes auf ‚Richtigstellung‘ oder der Verleumdungsgesetze gegen die Diffamierung von Personen kann man sich im Cyberspace nur schwer vorstellen.

Der Verzicht auf jede staatliche Sanktionskompetenz im Netz könnte schließlich auch aus anderen Gründen prekäre Folgen für die demokratische Meinungsfreiheit haben. Finanziert von Interessengruppen mit großen Ressourcen könnten sich professionelle Spezialisten etablieren, die in der Lage wären, in Blitzgeschwindigkeit technologische Strafexpeditionen gegen Kritiker durchzuführen, indem sie deren Zugänge zum Internet mit ‚Datenmüll‘ versperren. Es bedarf also allem Anschein nach einer ‚Verfassung‘ des ‚politischen Raums Cyberspace‘. Die Chancen dafür sind aufgrund der technischen Eigenschaften des Netzes gering.

3.2 ‚Geöffnete Knoten‘: Informationsüberfluß und demokratische Interaktion

Politisches Urteilsvermögen ist eine Kunst der Bürger, auf die Demokratien angewiesen sind. Es beruht auf zweierlei: auf dem Charakter oder der ‚Tugendhaftigkeit‘ des Bürgers und auf den Informationen, die sie oder er auswählt und sammelt (den bloßen Daten). Die neuen Technologien haben die verfügbare Menge an Information drastisch vergrößert.

22 In der Bundesrepublik sind z. B. Naziembleme und die Leugnung des Holocaust illegal. Das Internet gibt Neonazis Möglichkeiten, diese Gesetze zu unterlaufen, ohne dabei verfolgt werden zu können. Deutsche Neonazis verwenden im Handel erhältliche Software zum Austausch verschlüsselter Nachrichten, die diese verbotenen Symbole und Nachrichten enthalten. Es gibt keine Möglichkeit, in diese Netzwerke einzudringen. Vgl. Alan Cowell, „Neo-Nazis Now Network on Line and Underground“ in: New York Times vom 22. Oktober. Justizminister Schmidt-Jorzig hat aus dieser liberalen Not eine libertäre Tugend gemacht und argumentiert, daß Minderheiten in Zukunft damit leben müssen, ungestraft diskriminiert zu werden. Vgl. Gespräch mit Schmidt-Jorzig in: Der Spiegel vom 11. März 1996, 102–104.

Traditionelle Medien bilden gewöhnlich eine Art ‚Informationsknoten‘ oder einen Filter, der beim Sammeln, Bewerten und Verteilen von Informationen behilflich ist. Solche Knoten versetzen die permanentem Flimmern und Rauschen von Informationen ausgesetzten Akteure in die Lage, zwischen Unwichtigem, Unsinn und Information vorzusortieren. Die Knoten befinden sich auf verschiedenen Ebenen und werden von unterschiedlichen sozialen Akteuren ausgeübt. Es kann sich um einen persönlichen Freund, eine vertrauenswürdige Rednerin in einer Versammlung handeln, die glaubwürdige Fernseh- oder Radiomoderatorin, die Zeitung, die man aus einiger Erfahrung kennt oder die politische Gruppierung oder Partei, die ein Flugblatt unterzeichnet hat.

Auch wenn solche Knoten die Bedingung der Möglichkeit sind, sich im Ozean der Information zurechtzufinden, ist ihre Existenz als solche normativ gesehen höchst ambivalent. Knoten deuten nicht nur auf wichtige Informationen hin, sie blenden zugleich andere Argumente und Informationen aus. Deshalb hängt die Qualität einer politischen Ordnung entscheidend von der richtigen Struktur dieser Knoten ab. Autoritäre Regime versuchen, nur einen einzigen Knoten bestehen zu lassen; in solchen Systemen übt das Internet eine heilsame Destruktionswirkung aus. In Demokratien zeichnet sich die ideale organisatorische Struktur der verschiedenen Knoten durch positive Antworten auf folgende Fragen aus: Balancieren und kontrollieren sich die verschiedenen Knoten gegenseitig? Sind sie offen genug für die Aufnahme neuer Fragen und Probleme? Gibt es ein geteiltes Kriterium für Zuverlässigkeit? Gibt es ein verbrieftes Recht auf Richtigstellung? In Demokratien leisten Knoten mehr, als die Bürger zu befähigen, mit dem täglichen Informationsmüll fertig zu werden. Sie bieten ein gemeinsam geteiltes Wissen und einen gemeinsam geteilten Aufmerksamkeitsfokus. Das demokratische Ideal besteht nicht aus einer einzigen öffentlichen Sphäre, aber eine funktionierende Demokratie bedarf der Fragen, die ihre Bürger gemeinsam für politisch relevant halten, auch wenn die Antworten weit auseinandergehen, oder, um eine bekannte Wendung von John Rawls umzuformulieren: Demokratien bedürfen überlappender Diskurse.

Es ist weniger die Kommerzialisierung, als die enge Verknüpfung zwischen Kommerzialisierung, Desintegration und Fragmentierung, die die demokratische Öffentlichkeit bedroht. Mit Hinweis auf das Kabelfernsehen läßt sich die zukünftige Desintegration vielleicht am ehesten errahnen. Es genügt, sich die Familie von vier Mitgliedern vorzustellen, die vier verschiedene Kanäle in vier verschiedenen Räumen sehen. Die Neuen Medien begünstigen eine Entwicklung, in der Lebensstile sowie ihre impliziten politischen Diskurse in abnehmendem Maße von einer Perspektive in eine andere übersetzt werden. Indem es diese Tendenzen noch radikalisiert, stellt das Internet die ultimative Opposition zum Modell der kommunikativen Knoten dar. Es ist unendlich, kennt keine Unterschiede, und es ist unfokussiert. Es mag dadurch auf den ersten Blick weniger ‚repressiv‘ sein als die Vorstellung demokratischer Kommunikationsknoten, aber nur deshalb, weil es die Idee vom demokratischen Bürger aufgibt.

Das Internet scheint den alten bürgerlichen Traum zu realisieren, die Welt vom eigenen Wohnzimmer aus zu überblicken und die Gesamtheit aller Daten zur Verfügung zu haben. Das Ideal vom universellen Datenzugriff basiert indes auf einer höchst fragwürdigen Diagnose hinsichtlich der Schwächen moderner Demokratien. Diese geht davon aus, daß moderne Demokratien unter einem Mangel an Information leiden. Gegen diese Vorstellung spricht, daß die Bürger und die moderne Politik selbst die bereits verfügbare Infor-

mation (beispielsweise über die Ursachen des Ozonloches) nicht hinreichend ausschöpfen. Das Vorhandensein von mehr Informationen ergibt noch keine Erhöhung der Zahl informierter Bürger und Politiker.

Cyberbürger stehen vor folgendem praktischen Problem: Mit bereits Millionen von Nutzern, die Nachrichten versenden, geht die wertvolle Information verloren oder läßt sich erst gar nicht finden. Es gibt nichts, was auf zuverlässige Informationen und gute Argumente hinweist. Wir Nutzer wissen nie im voraus, welche Nachrichten lesenswert sind und worüber wir uns im nachhinein nur als Zeitverschwendung ärgern. Selbst wenn man Informationen nach Themengebieten ansteuert, gibt es keine Möglichkeit, ausschließlich die interessante Information herauszugreifen. Es geht hier nicht darum zu behaupten, das Surfen im Internet sei Zeitvergeudung. Zuweilen ist es ziemlich spannend. Die Behauptung ist, daß die Glaubwürdigkeit der Information im Netz verlorengeht, solange es keine Substitute für die traditionellen Kommunikationsknoten gibt. Wie kann die Nutzerin des Internet auf dessen unbegrenzte Offenheit reagieren? Sie kann sich einmal auf diese Tatsache einstellen und lernen, mit der Datenmenge umzugehen. Oder sie kann resignieren und die Versuche aufgeben, Daten in sinnvolle Information zu transferieren. Mögliche Reaktionen im Rahmen des zweiten Falls sind entweder ein wachsender Glaube an einige der obskuren Weltansichten, die im Netzwerk angeboten werden (die fundamentalistische Reaktion) oder ein genereller Skeptizismus gegenüber jeder Art von Information, was schlicht die Aufgabe jeglichen politischen Rationalitätsanspruchs bedeutet (die postmoderne Reaktion). Eine dritte Möglichkeit ist die Etablierung neuer Knoten im Netz.

Der Versuch im Rahmen der ersten Option (die Anpassung an die angebotene Informationsmenge) zu reagieren, konfrontiert die Netzteilnehmer mit dem Problem der Überprüfung von Quellen. Die psychologische Literatur führt eine Reihe von Beispielen dafür an, wie sich in der Vergangenheit Menschen immer dann, wenn ein neues Medium auftrat, mit ihrem Urteilsvermögen vergleichsweise schnell an dieses neue Medium angepaßt haben. Anfangs mögen einige komisch anmutende Irrtümer aufgetreten sein, aber die Menschen haben gelernt, wie sie mit den Anforderungen der neuen Medien wie Film, Radio und Fernsehen umzugehen haben. Die Perzeption virtueller Realität zwingt dazu, zunehmend differenziertere Urteile darüber zu fällen, was ‚real‘ ist und was nicht.²³ Aus Sicht einer Kosten-Nutzen-Analyse ist es unplausibel, daß Nutzer die Zeit und geistige Anstrengung investieren werden, zu überprüfen, ob vorliegende Informationen korrekt sind oder nicht. Das größte Problem für die Beobachter des amerikanischen Präsidentschaftswahlkampfes 1996 im Netz ist die Verlässlichkeit: Wer sich die sechs verschiedenen HomePages von Bob Dole angeschaut hat, mußte die autorisierte Seite von den fünf Parodien und

23 Die Art und Weise, wie virtuelle Realität erfahren wird, wirft eine Reihe von Problemen mit Blick auf Realitätseinschätzung wie auch moralische Fragen auf: „In welchem Ausmaß wird eine Person, die einen realen Krieg über die virtuelle Realität erfahren hat, sich als Veteran dieses Krieges fühlen? Würden Sie einen Arzt wollen, der eine Operation nur in der virtuellen Realität durchgeführt hat, um sie dann an Ihnen durchzuführen? Sollte sich eine Person schuldig fühlen, weil sie in der virtuellen Realität Ehebruch begangen hat? Wie sollte sein oder ihr Partner darüber denken?“ (Shapiro/McDonald 1992, 109).

Fälschungen unterscheiden können.²⁴ Die Medientechnologie ist zunehmend in der Lage, dem Nutzer den Eindruck von realer Präsenz zu vermitteln. Das Füllen von Urteilen über die Wirklichkeit in der virtuellen Realität stellt ungleich höhere Anforderungen an das Urteilsvermögen als alle bisherigen Kommunikationsformen.²⁵ Das Risiko von Irrtümern und Verwechslungen steigt und macht jeden Versuch, politische Diskussionen zu versachlichen, entsprechend schwieriger.

Eine resignative Reaktion der Nutzer auf die Informationsmenge ist deshalb plausibler als ihre Anpassung an die Verarbeitungskapazität von Computern. Der Computer selbst begünstigt diese Reaktion insoweit, als die spezielle Kommunikationsform im Netz eine egalisierende Beziehung zu allen Inhalten suggeriert. Der Verzicht auf Hierarchien in der Präsentation vermittelt uns den Eindruck, alle Informationen seien gleichwertig. Was bedeutet dieser ‚demokratische‘ Ausgangspunkt für das politische Informations- und Kommunikationsverhalten? Anhand einiger extremer Beispiele, aus dem Alltag im Netz läßt sich die Antwort illustrieren. Barbara O'Brien hat kürzlich einige der größeren amerikanischen News-Groups untersucht.²⁶ Unter ihnen ist die große Gruppe der ‚Sovereign Citizens‘, die eine Theorie entwickelt haben, die begründet, warum nach der Verfassung niemand Einkommensteuer zu zahlen habe (das Argument lautet, die nationale Staatsbürgerschaft sei eine Erfindung der Bundesregierung, die jedoch innerhalb der Einzelstaaten nicht zuständig sei). Ein anderes Beispiel sind die ‚Neo-Confederates‘, die behaupten, der Bürgerkrieg habe nichts mit Sklaverei zu tun gehabt. Weit verbreitet ist die These von angeblichen Helikopter Invasionen der ‚New World Order.‘ Diese These ist mittlerweile Bestandteil der Ideologien der rechtsgerichteten Militias. Im Frühjahr 1995 wurde das Bombenattentat von Oklahoma Gegenstand einer nationalen Bürgerversammlung im Netz. Die Beobachtung dieser Diskussionen hinterließ den Eindruck, daß das meiste von dem, was als Information gehandelt wurde, auf Gerüchten statt auf Tatsachen beruhe und förderte ironischerweise genau die politische Paranoia der Militias, der das Attentat zu verdanken war.²⁷ Nach Rabbi Abraham Cooper, dem stellvertretenden Leiter des Simon Wiesenthal-Zentrums, das die Militias im Netz beobachtet, hat die neue Technologie ihnen erst den Durchbruch gebracht: „Wenn man darauf angewiesen ist, Flugblätter oder unbeholfene Bücher herauszugeben, dann erreicht man gar nichts. [...] Aber nun kann man wie aus dem Nichts in den Kopf von Millionen von Amerikanern gelangen. Man kann einen Sinn von Gemeinschaft und Machtergreifung schaffen.“²⁸ Ich behaupte nicht, es habe vor der Erfindung des Internet keinen Unsinn, keine Verschwörungstheorien oder keinen Fanatismus gegeben. Und die angeführten Beispiele sollen auch nicht dazu dienen, das Internet wegen einiger Extremisten, die wie überall auch hier zu finden sind, in toto zu

24 Edmund Andrews, „The '96 Race in the Internet: Surfer Beware“, in: New York Times vom 23. Oktober, 1995, A1.

25 Vgl. Steuer 1992.

26 Barbara O'Brien, „Scary new ‚isms‘ at the Speed of Light“, in: New York Times vom 7. September 1995.

27 John Schwart/Howard Kurz, „Internet, Talk Radio. Let Citizen Sound Off“, in: The Washington Post vom 23. April 1995, A22.

28 Rabbi Abraham Cooper, „Assistant Dean of the Simon Wiesenthal Center in Los Angeles“, in: New York Times vom 30. April 1995, A3.

verurteilen. Worauf es mir ankommt, ist, daß das Netz mehr als ein neutrales Medium der Artikulation politischer Meinungen ist. Paradoxerweise kommt es gerade wegen seiner egalisierenden Struktur extremistischen und paranoiden Positionen mehr entgegen als jedes Medium zuvor.

Die demokratische Antwort auf dieses Problem besteht in der Etablierung neuer Knoten im Netz. Die Hoffnung vieler Verfechter des Netzes besteht darin, daß die Entwicklung von ‚Meta-Medien‘ im Internet einen ähnlichen Weg gehen wird wie bei den traditionellen Medien (Programmzeitschriften, Bibliothekskataloge, Bibliographien usw.). Themen-Kataloge und Indizes wie ‚Lycos‘ oder ‚Yahoo‘ in den USA oder ‚DINO‘ und ‚WEB.DE‘ in Deutschland sind Beispiele für solche Referenzsysteme. Wie Bibliothekskataloge helfen sie, sich in der Menge der angebotenen Informationen zurechtzufinden; sie fokussieren aber noch nicht die Aufmerksamkeit. Bessere Beispiele für Knoten sind Diskussionszirkel, die prinzipiell allen offenstehen, deren Interaktion oder Zugriff durch Moderatoren oder Herausgeber gesteuert wird. Den traditionellen Knoten am nächsten kommen elektronische Zeitungen wie HOTWIRED. Die bisherige Erfahrung mit Nutzern von HOTWIRED deutet allerdings darauf hin, daß sie nicht als Zeitung gelesen wird, die dazu animiert, auch Artikel aufzunehmen, für die man sich aufgrund des Titels nicht sofort interessiert. Sie wird vielmehr gezielt auf diejenigen Artikel ‚durchgeklickt‘, die den eigenen Interessen unmittelbar entgegenkommen. Es wird neue Knoten geben. Aber sie werden mit der Idee einer von vielen Bürgern geteilten Öffentlichkeit nicht viel gemein haben.

Als Weiterentwicklung von Referenzhilfen, die in elektronischen Journalen und Mitteilungsblättern bereits gebräuchlich sind, hat Nicholas Negroponte kürzlich den Vorschlag gemacht, daß die Antwort auf die Milliarden von Bytes, die dem einzelnen Nutzer zur Verfügung stehen, im Aufbau von Computerprogrammen liegt, die ‚Multimedia‘ für den jeweiligen individuellen Nutzer filtern, sortieren und verwalten sowie nach Prioritätsgesichtspunkten ordnen. Folgt man der Logik dieser Antwort, so ist das zu lösende Problem hauptsächlich technischer Natur und lediglich eine Folge unterentwickelter Interaktionsmechanismen für die Nutzer. Neue Technologien arbeiten an der Bewältigung dieses Informationsüberflusses, wobei Negroponte eine elektronische Zeitung vor Augen hat, die sich ausschließlich an individuellen Bedürfnissen orientiert: „Es ist, als ob die New York Times eine einzelne Zeitung veröffentlichen würde, die genau auf Ihre Interessen zugeschnitten ist.“ (Negroponte 1995, 20) Grundlegend für dieses Konzept ist die libertäre politische Philosophie, derzufolge Demokratie und Konsumentenentscheidungen zusammenfallen. Die weitere Digitalisierung wird den Charakter der Massenmedien von einem Prozeß, der Nutzern Informationen aufdrängt, in einen Prozeß umwandeln, der Nutzern (oder besser ihren Computern) erlaubt, ihn nach eigenem Belieben anzuzapfen. Die kalifornische Firma Pointcast startete im Frühjahr 1996 mit einem solchen Produkt. Nutzer können sie als Zeitung abonnieren und dabei zu Beginn ihre Interessengebiete eingeben. Von da an entwickelt sich die angebotene Information pfadabhängig von den in der Vergangenheit individuell abgerufenen Informationen. Ziel ist es, ein präzise und ausschließlich auf die jeweiligen Nutzerinteressen profiliertes Kompendium an Informationen bereitzustellen. In dieser Zukunftsvision ist das Problem der Informationsknoten individuell gelöst. Es gibt keinen Raum für die Vorstellung einer notwendig gemeinsam geteilten öffentlichen Sphäre. In den traditionellen Medien erhalten viele Bürger ihre politischen Informationen, wenigstens zum Teil, unbeabsichtigtermaßen (zum Beispiel indem ihr Blick

beim Durchblättern der Zeitung die wichtigsten Überschriften miterfaßt und gelegentlich hängenbleibt). Im ökonomischen Modell der pfadabhängigen Informationsauswahl bilden die individuellen und privaten Interessen der Nutzer den Schlüssel zur Informationsauswahl. In diesem Modell ist die Konzeption einer Person aufgegeben, die auch mit Dingen konfrontiert werden soll, mit denen sie auf den ersten Blick nicht konfrontiert werden will. In ihrer Rolle als Konsumenten per Programm zusammengestellter Informationen sind Netzwerknutzer vielleicht zu sehr beschäftigt, um unglücklich zu sein. In ihrer Rolle als Bürger sind sie im Cyberspace hingegen verloren. Trotz der expandierenden Menge im Netz prinzipiell erhältlicher politischer Informationen werden es westliche Demokratien vermutlich mit einer weniger gut informierten Wählerschaft zu tun haben.

3.3 ‚Körperlose Diskurse‘: Der politische Diskurs vor dem Bildschirm

Die Diskussion um das Internet wirft die alte Frage der Demokratietheorie nach dem idealen situativen Kontext der politischen Willens- und Entscheidungsfindung neu auf. Bislang gab es eine Standardsituation, die als gefährlich angesehen wurde: die Versammlungsdemokratie. Ihre Gefahr – so der sich durch die neuere Ideengeschichte der Demokratietheorie durchziehende Topos – besteht darin, daß sich die Anwesenden von geschickten Demagogen zu Entscheidungen hinreißen lassen, die irrational sind, und die sie später bereuen. Das Internet bildet gleichsam das andere Extrem zur Versammlungsdemokratie, indem es die Isolation in der Wahlkabine zum Paradigma von politischer Kommunikation macht. Zugleich ist ‚Interaktivität‘ das Zauberwort der demokratischen Versprechen des Internets. Das Internet hat die Grenzen von Raum und Zeit gegen Null schrumpfen lassen. Politische Diskurse im Internet können zwischen Individuen stattfinden, die sich noch nie begegnet sind, und die sich vielleicht auch niemals persönlich begegnen werden. Inwiefern genügt die politische Kommunikation ohne körperliche Anwesenheit in Diskussionszirkeln über ‚Bulletin Boards‘ und ‚Cybersalons‘ demokratischen Ansprüchen? Welcher Typus von Bürger kommuniziert unter diesen Bedingungen? Und in welchem Ausmaß zeitigt die Kommunikation im Internet Auswirkungen auf die Interaktionsform und führt zu elektronischem Solipsismus?

Folgt man den Thesen der ‚Digiologen‘, so verändert das Internet die Art und Weise der politischen Kommunikation in Richtung Rationalität. Anders als bei Telefonumfragen, Stimmzettelan Kreuzen, ‚Talk-Radio‘ oder ‚Scream-TV‘-Shows wie ‚Der heiße Stuhl‘ (...) bietet die Kommunikation im Internet beste Voraussetzungen für eine deliberative Demokratie. Demnach ist das Internet ein wunderbarer Ort, um sich zu treffen und zu kommunizieren. Kommunikation wird sensibler und reflektierter, Schüchternheit kann besser überwunden und Kooperation aufgebaut werden.²⁹ Aufgrund der Anonymität wird Kommunikation intimer und spontaner oder sogar zum ganz persönlichen Bekenntnis. Nach dieser Auffassung ist die Kommunikation im Internet eine Kommunikationsform, die einem mehr abverlangt als sich zu unterhalten. Sie zwingt die Teilnehmer dazu, ihre Gedanken niederzuschreiben. Dies hat einige Befürworter des Netzes zur These einer bevorstehenden ‚Wiedergeburt der Republic of Letters‘ (Katz 1995) verleitet.

²⁹ „Interaktive Telekommunikation [...] spricht die Sprache der Kooperation, Kreativität und Transformation“ (Roy Ascott, zitiert nach Stallabrass 1995, 12).

Es gibt auch Untersuchungen zu den statusangleichenden Effekten der Online-Kommunikation. Danach ist es „im Vergleich mit Gruppen, die sich persönlich treffen, weit weniger wahrscheinlich, daß unterstellte und erworbene Statuscharakteristiken [...] entscheidungsrelevanten Einfluß ausüben sowie Interaktionsmuster, Führungsrollen und andere Ergebnisse determinieren“ (Anderson u. a. 1995).³⁰ Für die weiteren deliberativen Qualitäten der politischen Diskurse im Netz gibt es allerdings kaum empirische Belege. Die mehr oder weniger impressionistischen Kenntnisse, über die wir bislang verfügen, stützen die These vom deliberativen Paradies in keiner Weise. Clifford Stoll, einer der frühen Anhänger des Cyberspace in den siebziger Jahren, bezeichnet die virtuelle Gemeinschaft heute als ein „kaum tolerantes und von gegenseitiger Akzeptanz gekennzeichnetes Milieu“ (Stoll 1995, 220). Der Umgang im Netz ist rauher und barscher geworden, die Anonymität wirkt zumeist als Schutzschild für verbale Grausamkeiten. Erneut gilt, daß man angesichts der dürftigen Forschungslage mit Voraussagen und endgültigen Urteilen vorsichtig sein muß. Dennoch läßt sich eine Liste möglicher Gründe für eher negative Effekte aufstellen.

Das Internet begann als eine technische Gemeinschaft von virtuellen Nachbarn, die sich gegenseitig aushalfen. Eine Ethnographin hat dessen anfängliche ‚freundliche Anarchie‘ (Rheingold) neuerdings mit der Tatsache erklärt, daß die kleine Gruppe der Nutzer ein Gemeinschaftsgefühl entwickelt hatten (Helmers 1995). Es verband sie die Erfahrung, stolze Angehörige einer technologisch fortgeschrittenen Elite zu sein. Im Laufe der Zeit und mit dem Anstieg der Teilnehmerzahlen wich der freundliche Tonfall. Das Netz der Anfangszeit war möglicherweise nicht wegen, sondern trotz seiner technischen Qualitäten ein so kuscheliger Ort.

Zweitens ist bei politischen Online-Debatten häufig eine Polarisierung durch Teilnehmer beobachtbar, die extreme Positionen beziehen. Solche Debatten verfallen häufig und schnell in einen Austausch von Verwünschungen und Beleidigungen (sog. ‚flaming‘). Dies mag am spezifisch libertären – oder besser: ignoranten – Charakter vieler Teilnehmer an Netzdebatten liegen. Das Motto lautet oft: „Laß mich gefälligst denken, was ich will, und denke, was Du willst“. Das amerikanische Kinderspiel ‚show and tell‘ (‚zeig‘ her und sag’s“) hat Eingang in die politische Kommunikation gefunden und ist dabei transformiert worden. Auf der klassischen Agora soll es einen Wettstreit um die vernünftigste Art und Weise, ein Problem zu lösen und um den besten Weg zur Konsensbildung gegeben haben; im Wettstreit der elektronischen Agora hingegen gewinnt der haarsträubendste, provokanteste und verrückteste Standpunkt. Diese Einstellung macht die Entwicklung und Artikulation extremer politischer Positionen attraktiv. Man findet in der Kommunikation des Netzes viele überzeugt vorgetragene Meinungen, allerdings wenig informierten Dialog und vor allem kaum Dialoge, die an der Suche nach einem Konsens orientiert sind. Aus dem ‚show and tell‘ wird ein ‚show and yell‘ (‚zeig‘ und schrei.“).³¹ Das Online – Interview illustriert ein anderes Charakteristikum der Interaktion im Netz. Elektronische Interviews neigen dazu, komplexe Fragen zu verkürzen und zu vereinfachen. Der Vorgang des Tippens

³⁰ Für die ausgleichenden Effekte vgl. Kiesler/Dubrovsky/Sethna 1991.

³¹ Für einen Bericht über die Beleidigungsgefechte im InfoNet in Telluride, Colorado, der gewöhnlich als der Modellfall für verkabelte Gemeinschaften gilt, vgl. The Economist vom 21. Oktober 1995, 33. Das Ausmaß verbaler Grausamkeiten wurde als derart ernste Bedrohung angesehen, daß das Telluride InfoNet seine Strategie änderte. Einige Bürger sind vom InfoNet ausgeschlossen,

ermutigt zu kurzen und einfachen Fragen und gleichermaßen knappen Antworten oder, um eine Formulierung von Stoll zu zitieren: „Just as TV gives us sound-bites, the online-interview provides one-line answers.“ (Stoll 1995, 33)

Zum dritten ist im Netz keine Preisgabe der eigenen Identität erforderlich. Jeder und jede kann so anonym bleiben, wie er oder sie möchte und die Person sein, die er oder sie sein will. Das Netzwerk bietet eine virtuelle Welt, die es uns erlaubt, eine oder mehrere virtuelle Identitäten aufzubauen. Die Möglichkeit, in der fremden Bar einer Großstadt für eine Nacht eine andere Person mit einer anderen Biographie zu spielen, wird auf Dauer gestellt und zugleich der Kontrolle der anderen an diesem Spiel beteiligten Personen weitgehend entzogen. Dies kann zweifellos eine Erleichterung sein. Es ist faszinierend, auf welche Weise sich Leute im Netz selbst entworfen haben. Bekannt sind Fälle wie der, in dem ein Mann sich auf einem ‚Bulletin Board‘ als behinderte Frau präsentierte, um die Intimität zu erfahren, die er an weiblichen Gesprächsformen so bewunderte. In anderen Fällen geben Teilnehmer vor, Eigenschaften zu besitzen, die sie gerne hätten. Sherry Turkle hat recht, wenn sie schreibt, daß Cyberspace die postmoderne Identitätskonstruktion auf die Spitze treibt, indem sie sexuelle, rassische und alle anderen mit Körperlichkeit verbundenen Attribute zur Disposition der eigenen Erfindungsgabe stellt (Turkle 1995, 180). Die Virtualisierung menschlicher Kommunikation schafft eine Aufspaltung in eine physische und eine digitale Existenz. In der digitalen Wirklichkeit gibt es keinen Raum für Blicke, Zwischentöne und Gesten. Digitale Kommunikation betont den Austausch purer Informationen und erlaubt es den Teilnehmern vor dem Computer, mit dem leichten Rucken der Maus aus jeder unangenehmen Kommunikation für immer auszusteigen. Die Kreation digitaler Identitäten fungiert in der Regel als Einbahnstraße. Die generelle Tendenz ‚virtueller Identitäten‘ ist, daß sie in gewisser Weise ‚besser‘ sind als die realen. Die anonyme Kommunikation im Netz ermutigt den Entwurf eigener Identitäten ohne äußere Anfechtungen. Sozialpsychologische Befunde belegen, daß Menschen in solchen Fällen dazu neigen, überpositive Bilder von sich selbst zu entwickeln.³² Sherry Turkle nennt dies den ‚Cyrano-Effekt‘. Solche von Wunschen geleitete Präsentation weist Ähnlichkeit mit dem empirischen Phänomen der Selbsttäuschung im politischen Wahlverhalten auf. Häufig wollen Wähler auf der Seite der Gewinner stehen. Niemand möchte die unterprivilegierte Person sein, deren Sozialhilfe und die damit verbundenen Lasten für den Rest der Gesellschaft ständig zur Debatte stehen. So folgen manche Wähler nicht ihren naheliegenden Interessen, sondern imaginieren, sie gehörten zu einer Schicht, die es sich leisten kann, andere Interessen (oder Metapräferenzen) zu haben. Künftige demokratische Politik wird es vermutlich mit einer Zunahme an illusionären politischen Metapräferenzen zu tun haben.

Viertens schließlich erleichtert die Nutzung des Internet das Bürgerdasein ebenso, wie das beispielsweise die Einführung der Briefwahl tat. Das Internet macht es den Älteren, den Eltern kleiner Kinder und behinderten Personen leichter, am politischen Geschehen

und eine Gruppe von Operatoren entscheidet, ob „beleidigendes Material“ ausgesondert werden sollte. Selbsternannte Moderatoren der Gesprächsgruppen haben die Macht zu löschen, wovon sie glauben, es sei nicht wünschenswert. Einige andere Gruppenbeispiele werden im Anhang von Anderson u. a. 1995 dokumentiert.

32 Vgl. den Beitrag von Shapiro/McDonald (1992) und die dort angegebenen weiteren Nachweise.

teilzunehmen. Gleichzeitig entführt das Internet die Politik aus ihrem öffentlichen Raum. Präferenzen zu öffentlichen Angelegenheiten werden vom buchstäblichen Zentrum der privaten Existenz artikuliert. Die Demokratie wird von den symbolischen Räumen der Sorge um das Gemeinwohl (oder, um es weniger altertümlich in der Sprache von Rational Choice zu sagen: der Produktion von Kollektivgütern) abgekoppelt. Es gehört wenig Phantasie zur Voraussage, daß dies vermutlich privatistische Evaluierungen öffentlicher Angelegenheiten befördert und zu einer Erosion des öffentlich orientierten Staatsbürgertums beiträgt. Die Aussichten einer Überwindung dieser einseitigen Ausrichtung auf das Private mittels weiteren Drehens an der Technikschraube³³ sind nicht sehr vielversprechend.

4. Schluß: Der demokratische Rubikon

Nimmt man die bisherigen Indizien und Überlegungen zusammen, so sprechen sie bezüglich eines demokratischen Potentials des Internet eher gegen die Erwartungen seiner Befürworter. Dies gilt nicht nur für die ‚Optimisten‘, sondern auch für die ‚Neutralisten‘. Um die ‚optimistische‘ Sicht zu verteidigen, müßten ihre Anhänger in allen sechs Punkten etwas entgegen können. Sie müssen argumentieren, daß die sozioökonomischen Nebeneffekte des Mediums der Demokratie keinen Schaden zufügen werden, daß die Netzgemeinschaft mit wachsender Teilnehmerzahl ihren distinkten und libertären kulturellen Charakter verliert und daß die zukünftige Struktur der Medienlandschaft wieder offener und dezentralisierter sein wird. Ich sehe bislang wenig Anhaltspunkte, alle drei Thesen ernsthaft vertreten zu können. Doch selbst wenn wir den demokratischen Bewegungen unterstellen, sich gegen die Gefahren von Mediapoly, der kulturellen Exklusivität und der sozioökonomischen Nebeneffekte erfolgreich durchgesetzt zu haben, bleiben die letzten drei Einwände. In diesem Teil des Aufsatzes wurde die ‚neutralistische‘ Auffassung für ihre Unterschätzung der Art und Weise, in der Interaktion mittels Computern politische Kommunikation beeinflusst, kritisiert. Eine ‚neutralistische‘ Antwort auf die angeführten Einwände kann sich nicht darauf beschränken, sie generell als ‚technischen Determinismus‘ abzutun. Sondern sie muß mindestens behaupten können, daß sich eine neue Trennlinie zwischen dem öffentlichen und dem privaten Bereich im Cyberspace ausbilde, daß neue Kommunikationsknoten im Netz die traditionellen Knoten voll ersetzen könnten und daß der politische Diskurs hinter dem Bildschirm keine negativen Eigendynamiken entwickelt.

Was folgt aus den obigen Überlegungen, wenn wir zugleich wissen, daß wir, selbst wenn wir es wollten, das Internet nicht stoppen können? Ich habe oben argumentiert, daß es nur geringe Gestaltungsmöglichkeiten der Struktur der internationalen Medienkonglomerate gibt. Anders ist es um die demokratische Nutzenanwendung der neuen Technologie bestellt. Um hier genauere Kriterien zu entwickeln, bietet sich zunächst ein Perspektivwechsel an: Welches sind die Probleme moderner Demokratien, die zu lösen die Nutzung des Netzes helfen könnte? Ein zweites Kriterium läßt sich gewinnen, wenn man das Internet in den Kontext bereits bestehender demokratischer Institutionen stellt und dabei vor allem auf die mögliche Funktionsvielfalt des Netzes abhebt.

33 Benjamin Barber machte gesprächsweise den Vorschlag, die Nutzer des Internet sollten dazu gezwungen werden, vor jedem Zugriff auf das Netz ihre Verpflichtung auf grundlegende demokratische Werte zu geloben.

Mit Hilfe dieser beiden Fragen läßt sich ein ‚demokratischer Rubikon‘ markieren, über den die Kompetenz des Internet nicht ausgedehnt werden sollte. Ein Überschreiten dieses Rubikon bestünde beispielsweise im Reformvorschlag vieler Cyberbiologen nach Einführung plebiszitärer push-button-Abstimmungen. Sie sind nach all dem, was wir über die Psychologie der Computernutzung wissen, wenig geeignet, zu einer anspruchsvollen Entscheidungsfindung beizutragen. Sucht man nach einer produktiven Rolle des Internet, so wird man sie weniger im Entscheidungsprozeß, als im Bereich der Meinungsbildung finden. Doch auch hier scheinen Grenzen gesetzt, die mit den technischen Eigenschaften des Netzes verbunden sind. Das Netz kann keine neue Form demokratischer Öffentlichkeit kreieren, sondern eignet sich allenfalls für die Optimierung bestehender Öffentlichkeiten. Beispiele sind die ‚virtuellen Ortsvereine‘ von Parteien oder die Präsenz von Abgeordneten im Netz. Vor allem erleichtert das Netz den (zusätzlich papiersparenden) Zugriff auf Programme, Gutachten, Protokolle und andere Dokumente. Es kann die persönliche Präsenz und die sinnliche Erfahrung aber nicht ersetzen und ist deshalb auch nicht zur Bearbeitung jeden Themas gleichermaßen geeignet. Sinnvoll ist es sicherlich im Bereich kommunaler Planungsprozesse, indem Bürgern die Möglichkeit gegeben wird, sich im Netz plazierte Planungsalternativen auf den Heimcomputer herunterzuladen oder im Netz an moderierten Forumsdiskussionen darüber teilzunehmen. Andere Issues – wie Fragen ethischer Selbstverständigung oder sozialpolitische Themen – sind dagegen in höherem Maße auf sinnliche Erfahrung, persönliche Visibilität und face-to-face-Beziehungen angewiesen. Es ist eine zukünftige Aufgabe von Sozialwissenschaftlern, diese Grenzlinien gegen die allgemeine Internet-Euphorie genauer zu markieren und sie politisch zu verteidigen.³⁴

Die politische Philosophie ist mindestens ebenso gefordert. Ob wir es wollen oder nicht – das Internet hat Grundfragen moderner Demokratietheorie ins Zentrum der politischen Tagesordnung gerückt und die deliberative Demokratietheorie weiter in die Defensive manövriert. Wie beschrieben, fordert das Internet die Institutionen des kollektiven Arbeitsrechts und der betrieblichen Demokratie heraus: Wollen wir demgegenüber normativ auf einem weiten Demokratiebegriff insistieren? Das Internet ermöglicht den unkontrollierten und ungehinderten Austausch politischer Meinungsäußerungen: Wollen wir demgegenüber normativ auf einer ‚demokratischen Zensur‘ beharren, die beispiels-

³⁴ Das negative Extrem wäre eine Computerdemokratie im großen Stil, die bestehende Formen politischer Partizipation verdrängt. Hierbei würden selbst zur Entscheidung moralischer und ethischer Fragen von privaten Haushalten lediglich Tasten gedrückt werden. In diesem Szenario wird politische Partizipation auf den passiven und privaten Akt der Registrierung der eigenen vorgefaßten Meinung reduziert. Partizipation wird zur bloßen Rückmeldung trivialisiert. Ross Perots elektronisches Rathaus weist offenkundige Ähnlichkeiten mit diesem Szenario auf. Ein günstigeres Szenario wäre eines der Ergänzungsfunktion zu den bestehenden politischen Institutionen. Im Idealfall wäre die Computerdemokratie auf eine gemeinschaftliche Ebene gegründet und würde zur Verteilung und Sammlung von Information genutzt werden sowie Deliberationsprozesse stützen. Die elektronische Stadtversammlung (Electronic Town Meeting ETM), welche die Public Agenda Foundation in San Antonio, Texas im September 1994 organisierte, kommt diesem Modell recht nahe. Im September 1994 beherbergte die Public Agenda Foundation eine zweistündige elektronische Stadtversammlung in San Antonio, die sich mit der Krise der Gesundheitsfürsorge befaßte. „Was das Gesundheitsforum in San Antonio auszeichnete, war seine

weise Aufrufe zur Gewalt gegen Minderheiten unter Strafe stellt? Das Internet ermöglicht die direkte Volksabstimmung über sämtliche entscheidungsfähigen Fragen der Politik: Wollen wir demgegenüber normativ die institutionell abgestufte deliberative Demokratie verteidigen? Das Internet fördert die Kommerzialisierung, Desintegration und Fragmentierung der politischen Öffentlichkeit: Wollen wir demgegenüber trotz allen Lobes auf die Differenz normativ das republikanische Ideal eines Begriffs von ‚Gemeinwohl‘ oder ‚allgemeinem Interesse‘ weiter in Anschlag bringen? Mit der Zurücknahme dieser normativen Ansprüche würde die Demokratietheorie der politischen Philosophie des Libertarianismus einen großen Gefallen tun.

Aus dem Englischen von Alexander Staudacher

Dr. Hubertus Buchstein, Freie Universität Berlin, FB Politische Wissenschaft, Ihnestr. 21/22, 14195 Berlin; E-mail: buchst@zedat.fu-berlin.de

Literatur

- Abramson, Jeffrey B./Arterton, Christopher/Orron, Gary (1988), *The Electronic Commonwealth. The Impact of New Media Technologies on Democratic Politics*, New York.
- Anderson, Robert u. a. (1995), „Universal Access to E-Mail. Feasibility and Societal Implications. Rand Report“, Elektronischer Essay auf: <http://www.rand.org/publications/MR/MR650>.
- Aronowitz, Stanley/Di Fazio, William (1994), *The Jobless Future*, Minneapolis.
- Arterton, Christopher (1987), *Teledemocracy: Can Technology protect Democracy?*, Newberry Park.
- Athanasiou, Tom (1986), „Encryption: Technology, Privacy, and National Security“, in: *Technological Review* 89, 55–66.
- Barber, Benjamin (1984), *Strong Democracy*, Berkeley.
- Barber, Benjamin (1995), *Jihad vs. McWorld*, New York.
- Baudrillard, Jean (1985), *Simulacres et Simulation*, Paris.
- Baudrillard, Jean (1994), *Die Illusion des Endes oder der Streik der Ereignisse*, Berlin.
- Becker, Theodore (1981), „Teledemocracy“, in: *The Futurist*, Dezember 1981, 6–9.
- Benhabib, Seyla (1994), „Deliberative Democracy“, in: *Constellations* 1, 30–51.
- Brook, James/Boal, Iain (eds.) (1995), *Resisting the Virtual Life*, San Francisco.
- Burnheim, David (1983), *The Rise of the Computer State*, New York.

Form der interaktiven Beratung. Acht gewöhnliche Bürger wurden für eine Podiumsdiskussion ausgesucht, die von zwei Mitarbeitern der Public Agenda moderiert wurde. Die Diskussionsrunde und das weitere Fernsehpublikum begutachteten sieben Optionen zur Reduzierung der Gesundheitskosten, von der Regulierung der Medikamentenpreise bis hin zur Rationierung teurer Maßnahmen, um Betrug und Verschwendung zu beseitigen. Die Zuschauer sahen Mini-Dokumentationen zu jeder Option und sahen dann die Diskussionsrunde darüber debattieren. [...] Von den 18 000 Haushalten in San Antonio, die zusahen, [...] wurden 200 als Teil einer Querschnittsstichprobe ausgewählt, deren Stimmabgabe mittels Computern in Tabellenform sowie schnell auf den Fernsehbildschirm gebracht wurden. [...] Als die Diskussion auf dem Podium hitziger wurde, schien die Gruppe zumindest einschätzen zu können, was für eine heikle Angelegenheit das Gesundheitsfürsorgeproblem darstellt. Und viele Beteiligte der Abstimmungsstichprobe änderten ihre Auffassung zu bestimmten Optionen im Verlauf der Veranstaltung.“ (Schwartz 1995)

- Carey, James (1989), „The Mythos of the Electronic Revolution“, in: *Communication as Culture*, Winchester.
- Clarke, Roger (1995), „Information Technology. Weapon of Authoritarianism or Tool of Democracy?“, Elektronischer Essay auf: <http://www.anu.edu.au/people/roger.Clarke/DV/Paper/Authism.htm>.
- Cronin, Thomas E. (1989), *Direct Democracy*, Cambridge.
- Downing, John D. H. (1989), „Computers for Political Change: PeaceNet and Public Data Access“, in: *Journal of Communications* 39, 154–162.
- Elgin, Duane (1991), „Conscious Democracy Through Electronic Town Meeting“, in: *Whole Earth Review*, Sommer 1991, 28–29.
- Fachverband Informationstechnik (1995), Eckdaten zur Informationsgesellschaft, Elektronischer Essay auf: <http://www.kp.dlr.de/BMWI/gib/fakten/eckdaten/index.html>
- Fishkin, James S. (1991), *Democracy and Deliberation. New Directions for Democratic Reform*, New York
- Gates, Bill (1995), *The Road Ahead*, New York.
- Gingrich, Newt (1995), *To Renew America*, New York.
- Gray, Chris Hables/Mentor, Steven (1995), „The Cyborg Body Politic“, in: Gray Chris Hables u. a. (eds.), *The Cyborg Handbook*, New York, 453–467.
- Habermas, Jürgen (1992), *Faktizität und Geltung*, Frankfurt/M.
- Habermas, Jürgen (1994), „Three Models of Democracy“, in: *Constellations* 1, 1–10.
- Heim, Michael (1993), *The Metaphysics of Virtual Reality*, Oxford.
- Helmers, Sabine (1995), „Internet im Auge der Ethnographin“, Arbeitspapier, Wissenschaftszentrum Berlin.
- Hollander, Richard (1985), *Video Democracy. The Vote-from-the-home-Revolution*, Mt. Airy.
- Katz, John (1995), „The Age of Paine“, in: *Wired*, Mai 1995, 154–158, 210–214.
- Keegan, Paul (1995), „Wired World“, *New York Times Magazine* vom 21. Mai 1995, 38–45.
- Kiesler, S./Dubrovsky, V. J./Sethna, B. N. (1991), „The Equalizing Phenomenon. Status Effects in Computer-Mediated and Face-to-Face Decision Making Groups“, in: *Human-Computer Interaction* 6, 119–146.
- Kinney, Jay (1995), „Anarcho-Emerginist-Republicans. Is there a New Politics emerging in the Net/cyberspace/digital culture“, Elektronischer Essay auf: <http://www.well.com/user/jay/>.
- Kittross, John M./Sterling, Christopher H. (1978), *Stay Tuned. A Concise History of American Broadcasting*, Cambridge.
- Levy, Steven (1994), „The Battle over the Clipper-Chip“, in: *New York Times Magazine* vom 12. Juni 1994, 44–51, 60, 70.
- Möller, Ulf (1996), *Kryptographie. Die rechtliche Situation*, Elektronischer Essay auf: <http://jengate.thur.de/ulf/krypto/verbot.html>.
- Negroponte, Nicholas (1995), *Being Digital*, New York.
- Newsweek (1994), „Men, Women, and Computers“, *Newsweek* vom 16. Mai 1994.
- Perrolle, Judith (1991), „Conversations and Trust in Computer Interfaces“, in: Dunlop, Charles/King, Rob (eds.), *Computerization and Controversy*, New York.
- Poster, Mark (1995), „Cyberdemocracy: Internet and the Public Sphere“, Elektronischer Essay auf: http://www.humanities.uci.edu/~human/history/faculty/poster_mark/writings/democ.html
- Progress and Freedom Foundation 1994, *A Magna Carta for the Informational Age*, Washington
- D.C. Rheingold, Howard (1994), *The Virtual Community. Homesteading on the Electronic Frontier*, Reading.
- Rifkin, Jeremy (1994), *The End of Work*, New York.
- Robins, Kevin/Webster, Frank (1988), „Cybernetic Capitalism: Information, Technology, Everyday Life“, in: Mosco/Wasco (eds.), *The Political Economy of Information*, Madison.
- Rushkoff, Douglas (1995), *Cyberia. Life in the Trenches of Hyperspace*, San Francisco.

- Schickler, Eric (1994), „Democratizing Technology. Hierarchy and Innovation in Public Life“, in: *Polity* 27, 173–199.
- Schiller, Herbert I. (1989), *Culture Inc. The Corporate Takeover of Public Expression*, Oxford.
- Schwartz, Winn (1994), *Information Warfare*, New York.
- Schwartz, Evan (1995), „Direct Democracy. Are you ready for the Democratic Channel?“ Elektronischer Essay auf: <http://www.xxxxxxxx>.
- Sclove, Richard E. (1995), „Making Technology Democratic“, in: Brook/Boal (eds.), *Resisting the Virtual Life*, San Francisco 1995, 85–104.
- Shapiro, Michael und McDonald, Daniel G. (1992), „I'am Not a Real Doctor, but I Play One in Virtual Reality: Implications of Virtual Reality for Judgments about Reality“, in: *Journal of Communications* 42, 94–114.
- Smulyan, Susan (1994), *Selling Radio. The Commercialization of American Broadcasting 1920–34*, Washington D.C.
- Sobchak, Vivian (1993), „New Age Mutant Ninja Hackers. Reading Mondo 2000“, in: *The South Atlantic Quarterly* 92, 569–583.
- Sproull, L./Faray, S. (1993), „Atheism, Sex, and Database. The Net as a Social Technology“, Referat auf dem Workshop zum öffentlichen Zugang zum Internet an der John F Kennedy School of Government, Cambridge/MA, 26–27 Mai 1993.
- Steur, J. (1992), „Defining Virtual Reality: Dimensions Determining Telepresence“, in: *Journal of Communication* 42, 73–93.
- Stoll, Clifford (1995), *Silicon Snake Oil: Second Thoughts on the Information Highway*, New York.
- Stone, A. R. (1991), „Will the Real Body Please stand up? Boundary stories about virtual cultures“, in: M. Benedict (eds.), *Cyberspace. First Steps*, Cambridge 1991, 81–118.
- Sunstein, Cass (1993), *Democracy and Free Speech*, Chicago.
- Surman, Marc (1995), „Wired Words. Utopia, Revolution and the History of the Electronic Highway“, Elektronischer Essay auf: <http://www.web.apc.org/~msurman/wiredwords/democ.html>
- Times Mirror (1994), *Times Mirror Center for the People and The Press: Technology in American Households*, Los Angeles.
- Turkle, Sherry (1995), *Life on the Screen. Identity in the Age of the Internet*, New York.
- Varley, Pamela (1991), „Electronic Democracy“, in: *Technology Review* 94, 42–51.
- Wicklein, John (1981), *Electronic Nightmare: The New Communications and Freedom*, New York.
- Wriston, Walter B. (1992), *Twilight of Sovereignty*, New York.

DEUTSCHE ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE

Herausgeber: Prof. Dr. Axel Honneth, Prof. Dr. Hans-Peter Krüger, Prof. Dr. Herta Nagl-Docekal, Prof. Dr. Hans Julius Schneider.

Anschrift der Redaktion: Dr. Mischka Dammaschke (verantwortl. Redakteur), Akademie Verlag GmbH, Mühlenstraße 33-34, D-13187 Berlin; Telefon: (0 30) 47 88 93 80; E-Mail: dzphil@akademie-verlag.de.

Sekretariat: Andrea Grammbauer; Telefon: (0 30) 47 88 93 16.

Anzeigenannahme: Telefon (0 30) 47 88 93 65.

Verlag: Akademie Verlag GmbH, Mühlenstr. 33-34, D-13187 Berlin; Telefon: (0 30) 47 88 93 27/50; Telefax: (0 30) 47 88 93 57.

Bank: Dresdner Bank Weinheim, Konto-Nr. 754 624 500, BLZ 670 800 50.

Deutsche Zeitschrift für Philosophie im Internet
<http://www.vchgroup.de/akademie-verlag/office/dzphil>

Geschäftsführer: Dr. Gerd Giesler

Satz: deutsch-türkischer Fotosatz, Berlin.

Druck und buchbinderische Weiterverarbeitung: GAM MEDIA GmbH, Berlin.

Erscheinungsweise: Die Zeitschrift erscheint 1996 in einem Band mit 6 Hefen.
Jahresbezugspreis 1996 Inland DM 178,-, Einzelheft DM 35,-; Ausland DM 215,-; Studenten: Inland DM 98,-, Ausland DM 125,- jeweils inklusive Versandkosten.

Ein Abonnement kann jederzeit begonnen werden. Es gilt für sechs Hefte, nicht für ein Kalenderjahr.
Es verlängert sich jeweils um weitere 6 Hefte, falls es nicht gekündigt wird.

Bezugsmöglichkeiten

Bitte richten Sie Ihre Bestellung an:

VCH, Postfach 10 11 61, D-69451 Weinheim, Telefon (0 62 01) 60 61 46; Telefax: (0 62 01) 60 61 17;

Telex: 465 516 vchwh d.

Unsere Schweizer Kunden wenden sich bitte an:

VCH, Hardstr. 10, CH-4020 Basel, Telefon: (0 61) 2 71 06 06; Telefax: (0 61) 2 71 06 18; Telex: 911 527 dms ch.

For our American customers

Deutsche Zeitschrift für Philosophie (ISSN 0012-1045) is published six times a year (March, May, June, August, October, December) by Akademie Verlag GmbH, Mühlenstr. 33-34, D-13187 Berlin, Germany and distributed by VCH Publishers, Inc., 303 N.W. 12th Ave., Deerfield Beach, FL 33442-1788 in North and South America; telefax (3 05) 4 28-82 01; telephone (3 05) 4 28-55 66 or 1-(8 00)-3 67-82 49. Annual subscription price 1996: US \$ 150.00 including postage and handling. Application to Mail at Second-Class Postage Rates is pending at Boca Raton, FL 33431. U.S. POSTMASTER: Send address changes to VCH Publishers, Inc., 303 N.W. 12th Ave., Deerfield Beach, FL 33442-1788.

Authorization to photocopy items for internal or personal use, or the internal or personal use of specific clients, is granted by Akademie Verlag GmbH, provided that the base fee of US \$ 3.50 per copy, plus US \$.25 per page is paid directly to Copyright Clearance Center, 27 Congress Street, SALEM, MA 01970. USA. For those organizations that have been granted a photocopy license by CCC, a separate system of payment has been arranged. The fee code for users of the Transactional Reporting Service is: 0012-1045/96 \$ 3.50 + .25.

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere die der Übersetzung. Kein Teil dieser Zeitschrift darf in irgendeiner Form – durch Photokopie, Mikrofilm oder irgendein anderes Verfahren – ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen oder übersetzt werden.

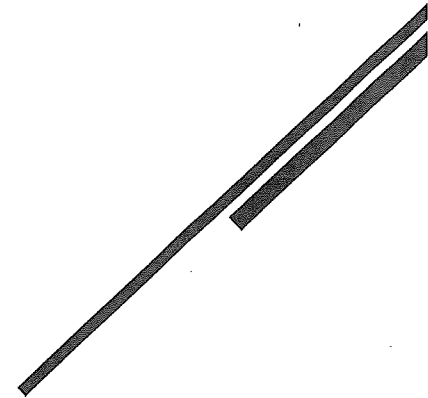
© 1996 by Akademie Verlag GmbH. Printed in the Federal Republic of Germany.
Der Akademie Verlag ist ein Unternehmen der VCH-Publishing Group.

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

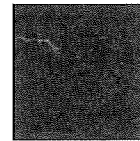
DEUTSCHE ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE

Zweimonatsschrift der internationalen philosophischen Forschung

Sonderdruck



4/1996



Alasdair MacIntyre Marx' „Thesen über Feuerbach“ – ein Weg, der nicht besritten wurde
Lutz Ellrich Sein und Schein Hubertus Buchstein Cyberbürger und Demokratietheorie
Quentin Skinner Moderne und Entzauberung Walter Reese-Schäfer Charles Taylors Onto-
logie der Moralität und des modernen Selbst Dieter Thomä Schwierigkeiten mit dem Müssen
Günter Figal Hermeneutische Modernität Hans Joas Taylor – ein Pragmatist wider Willen?
Alasdair MacIntyre/Dmitri Nikulin Wahre Selbsterkenntnis durch Verstehen unserer selbst
aus der Perspektive anderer Klaus-Dieter Eichler Tabula rasa und Kontinuität



Akademie Verlag

ISSN 0012-1045 Dtsch. Z. Philos.,
Berlin 44 (1996) 4, 541-712